

REPORT

Landwirtschaft: Vor der Reform.



Bank Austria
Creditanstalt

Die Bank zum Erfolg.

REPORT

Editorial	3
Konjunktur	
Österreich-Konjunktur	4
BA-CA Konjunkturindikator	6
Internationale Konjunktur	7
Osteuropa-Konjunktur	8
Branche: Landwirtschaft	10
Finanzmarkt	
Finanzmarkt Ausblick	13
Asset Allocation 3. Quartal	14
Themen	
Bankenmarkt Polen.....	16
Tabellen	
Österreich/International	20
Osteuropa	22

Die Autoren dieser Ausgabe:

Mag. Stefan Bruckbauer.....Leiter-Stv. der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt
 Mag. Kurt FesselhoferMitarbeiter der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt
 Dr. Sándor GardóMitarbeiter der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt
 Mag. Marianne KagerLeiterin der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt
 Mag. Bernd MaurerMitarbeiter der Asset Management GmbH (AMG)
 Mag. Walter Pudschedl.....Mitarbeiter der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt
 Mag. Günter WolfMitarbeiter der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt

Impressum: REPORT

Herausgeber, Verleger, Medieninhaber: Bank Austria Creditanstalt AG
<http://www.ba-ca.com>
 E-Mail: economic.research@ba-ca.com
 Redaktion: Abteilung Konzernvolkswirtschaft und Marktanalysen; Produktion: Ressort Group Public Relations
 Auskünfte: +43 (0) 50505/DW 41964 (Inhalt), +43 (0) 50505/DW 56137 (Produktion und Versand)
 Redaktionsschluss: 22.7.2003
 Abdruck – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe
 Druck: AV-Druck, Faradaygasse 6, 1030 Wien
 Design&Grafik: Horvath, Leobendorf
 Gedruckt auf chlorfrei gebleichten Papier
 Titelfoto: Corbis

Publikationen-Service:

Telefon: +43 (0) 50505/ DW 56148 (Tonband)
 Fax: +43 (0) 50505/ DW 56945
 E-Mail: pub@ba-ca.com



Der kleine Unterschied, der zählt

Die amerikanische Wirtschaft wächst zu wenig, daher hat die Administration Bush und die FED beschlossen, eine expansive Wirtschaftspolitik zu betreiben. Offenbar sieht man ein nach offiziellen Schätzungen erwartetes Wirtschaftswachstum von 2,5–3 % für heuer und 3,5–5 % für 2004 als zu gering an, um auf eine expansive Budget- und Geldpolitik zu verzichten. Zum Vergleich dazu, die EU-Kommission selbst schätzt das Wachstum für die Eurozone im laufenden Jahr mit eher 0,7 % als 1 % ein. Doch wo bleibt die expansive Wirtschaftspolitik?

Die FED hat den Zinssatz von 6 % Anfang 2001 auf derzeit 1 % gesenkt und damit das niedrigste Zinsniveau seit 45 Jahren (!) erreicht. Die EZB hat es zumindest geschafft, die Zinssätze im selben Zeitraum von 4,75 % auf 2 % zu senken.

◆ Herr Greenspan spricht öffentlich über die Gefahren einer Deflation, und sieht bei 2 % das untere Limit, unter das die Inflationsrate nicht fallen sollte, während für die EZB bei einer 2 %-Inflationsrate das obere Ende einer stabilen Preisentwicklung erreicht ist und die stabilitätspolitische Ampel auf Rot stellt.

Übrigens, die monatliche Inflationsrate in den USA war in den ersten 5 Monaten dieses Jahres bei durchschnittlich 2,6 %, während sie im Euro-Raum 2,2 % betrug.

◆ Der öffentliche Haushalt ist in den USA von einem Über-

schuss von 2,4 % 2000 mittlerweile in ein Defizit von 4 % abgerutscht, und J.B. Bolton, Direktor des Office of Management and Budget, erklärte öffentlich, dass ein solches Budgetdefizit „manageable“ ist und verkündet eine weitere Steigerung auf 475 Mrd. USD nächstes Jahr. Müßig zu bemerken, dass kein Land der Euro-Zone (oder der EU) ein ähnlich hohes Defizit in % des BIP aufweist. Selbst die Stabilitätspaktsünder Deutschland, Frankreich und Portugal liegen unter dieser Marke.

◆ Last, but not least, das Leistungsbilanzdefizit. Kein Thema in der Euro-Zone, erwirtschaftet man in der Währungsunion jährlich einen Überschuss von knapp 0,8–0,9 % des BIP. In den USA ist sie zweifellos zu einer Achillesferse der Wirtschaftspolitik geworden, obwohl Leistungsbilanzdefizite im Land der Welt-Reservewährung anders zu sehen sind als in den übrigen Staaten.

Der Finanzminister John Snow hat sich ganz offenbar von einer Politik des starken USD verabschiedet und will durch eine Korrektur auf den Devisenmärkten das in den letzten Jahren auf 4,5 % des BIP und mehr gestiegene LB-Defizit eindämmen.

Offenbar will man sich durch eine Kombination aus lockerer Fiskalpolitik, äußerst expansiver Geldpolitik und einem bewusst in Kauf genommenen schwachen USD, zur Stützung der Exporte und

Eindämmung der Importe, die US-Wirtschaft auf Expansionskurs bringen. (Aus europäischer Sicht wird man angesichts der hier erzielten Wachstumsraten eher meinen: auf Expansionskurs „halten“.) In Summe also eine Politik, die die klassischen Voraussetzungen für einen Inflationsanstieg in sich birgt, und man ist angesichts der Aussagen von FED und Administration fast versucht zu sagen „gewünschter Inflationsanstieg“.

Und Europa?

Man verteidigt den Stabilitäts- und Wachstumspakt in einer Weise, dass man sich an (vermeintliche?) Eckpunkte klammert, ohne die Ziele zu hinterfragen.

Das Ziel, eine Begrenzung der öffentlichen Finanzierungsdefizite, soll dabei gar nicht in Frage gestellt werden. Ebenso wenig die Tatsache, dass es bei einer vergemeinschafteten Geldpolitik einen (gemeinsamen) Rahmen für die nationale Finanzpolitik geben muss, will man nicht in ein unerträgliches Spannungsverhältnis kommen. Unnützlich auch die Diskussion, ob man eine neue Definition des Stabilitäts- und Wachstumspaktes braucht, um flexibler auf die Anforderungen im Konjunkturzyklus zu reagieren, oder ob er ohnehin flexibel genug ist. Kontraproduktiv ist aber jedenfalls, Wasser zu predigen und Wein zu trinken. Darauf zu bestehen, dass der Stabilitätspakt

(auf Punkt und Komma) einzuhalten ist, und im gleichen Atemzug das Gegenteil zu tun, unterminiert die Glaubwürdigkeit der Politik. Die europäische Konjunktur kommt auch deswegen nicht in Schwung, weil die Investoren nicht daran glauben, dass die Wirtschaftspolitik stimulierende Impulse setzen kann.

Der Vorschlag der italienischen Präsidentschaft, mit Hilfe der EIB zusätzliche Infrastrukturinvestitionen zu finanzieren, ist jedenfalls diskussionswürdig. Gleiches gilt für die von einer Gruppe von bekannten Ökonomen im Auftrag der EU-Kommissionspräsidenten erarbeiteten Studie „An Agenda for a growing Europe“. Der kollektive und reflexartige Aufschrei, „der Stabilitätspakt darf nicht angegriffen werden“, ist ohne Analyse und Diskussion der Vorschläge unnützlich und kontraproduktiv.

Europa wird nicht aus seiner Wachstumsschwäche herauskommen, wenn die Politik nicht glaubhaft vermittelt, dass das Ziel über den Instrumenten steht, oder wie es in der oben zitierten Studie André Sapir so treffend beschrieben hat: „Sticks must be used when needed, but a policy system that essentially relies on sanctions is neither efficient nor sustainable“.



Die Flaute hält an

Die Konjunktur in Österreich – Analyse und Prognose für 2003 und 2004

Eine eher bescheidene Entwicklung charakterisiert den bisherigen Wirtschaftsverlauf des Jahres 2003. Auch für die nächsten Monate kann nicht mit einer spürbaren Beschleunigung gerechnet werden. Für 2003 wird nur ein BIP-Zuwachs von 0,8% (real) erwartet und erst 2004 könnte mit einem Plus von 2,1% wieder ein deutlicherer Zuwachs erzielt werden.

Die österreichische Wirtschaft erreichte im 1. Quartal des laufenden Jahres im Vergleich zum Vorjahr nur ein Wachstum von 0,5% (real).

Der private Konsum weist in diesem Zeitraum nur ein sehr schwaches Wachstum auf. Die Warenexporte stagnierten und die Ausrüstungsinvestitionen lagen ein weiteres Mal unter den Werten des Vorjahres.

Bis auf weiteres kann die österreichische Wirtschaft kaum mit Wachstumsimpulsen aus dem Ausland rechnen. Zu schwach ist dazu die internationale Konjunktur. Vor allem die für die österreichischen Außenhandelsverflechtungen wichtigen EU-Staaten weisen nur eine geringe Dynamik auf. Für das gesamte Eurogebiet wird für 2003 ein Durchschnittswachstum von 0,6% (real) angenommen. Insbesondere Deutschland (+0,2%), Frankreich und Italien (jeweils +0,7%) sowie die Niederlande (+/- 0) werden einen schwachen Konjunkturver-

lauf aufweisen – gerade jene Länder, mit denen die österreichische Export- und Tourismuswirtschaft die engsten Verbindungen hat.

Für den weiteren Jahresverlauf kann somit nicht mit einem Wachstumsschub, hervorgerufen durch eine stark steigende Auslandsnachfrage, gerechnet werden. Die inländische Nachfrage sollte sich im Laufe der zweiten Jahreshälfte etwas beschleunigen. Für den Jahresdurchschnitt 2003 gehen wir daher von einer nur leichten Steigerung des BIP in Höhe von 0,8% (real; 2001: +0,7%; 2002: +1,0%) aus.

Etwas optimistischer stellt sich die Situation für das Jahr 2004 dar. Insbesondere für die USA wird mit einem stärkeren Wachstum gerechnet (+3,2%) und für den

Euroraum geht man von einer Verdoppelung des Wachstums (+1,2%, real) aus. Positive Impulse erwarten wir davon für die Exportindustrie und auch die Stimmung der heimischen Konsumenten und Investoren sollte sich bessern.

Für 2004 erwarten wir im Jahresdurchschnitt ein Wirtschaftswachstum in der Höhe von 2,1% (real). Damit nähert sich das BIP-Wachstum nach einer Durststrecke von immerhin 3 Jahren wieder dem langfristigen Wachstumspfad von 2,3%.

Außenhandel nimmt kaum zu

Die Exporte, die aufgrund ihrer dynamischen Entwicklung in der Vergangenheit immer wichtige Impulse für die österreichische Konjunktur gaben, nehmen derzeit

kaum zu. Insbesondere die Exporte in den Euroraum steigen nur schwach und die Exporte in die Beitrittsländer haben im 1. Quartal 2003 keinen einheitlichen Trend mehr: Nach wie vor starken Zuwächsen, wie z. B. bei der Slowakei und bei Tschechien, stehen starke Rückgänge bei Ungarn und eine Stagnation bei Polen gegenüber.

Im Jahresdurchschnitt 2003 erwarten wir bei den Exporten im weiteren Sinn mit +1,5% (real) nur eine sehr schwache Wachstumsrate (2001: +7,4%; 2002: +2,7%).

Hand in Hand mit der leichten Konjunkturverbesserung sollten 2004 auch die Exporte im weiteren Sinn wieder bessere Zuwächse erzielen können. Wir erwarten im Jahr 2004 hier ein Wachstum von 5,8% (real).

Konjunkturprognose Österreich

	2000	2001	2002	BA-CA Prognose Juli 2003	
				2003	2004
<i>Wachstum real, in %</i>					
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	3,5	0,7	1,0	0,8 =	2,1 =
Privater Konsum	3,3	1,5	0,9	1,3 =	1,7 =
Bruttoinvestitionen	2,9	-4,0	-5,6	3,1 +	4,3 +
Ausrüstungsinvestitionen	11,8	-2,9	-9,4	1,9 -	5,0 =
Bauinvestitionen	1,2	-1,5	-0,5	1,2 =	1,6 =
Exporte im weiteren Sinn	13,4	7,4	2,7	1,5 -	5,8 -
Importe im weiteren Sinn	11,6	5,9	-1,3	2,5 -	6,0 -
Leistungsbilanzsaldo					
(in Mrd. EUR)	-5,4	-4,7	1,6	0,0 =	-0,5 =
(in % des BIP)	-2,6	-2,2	0,7	0,0 =	-0,2 =
Verbraucherpreisanstieg (%)	2,3	2,7	1,8	1,3 =	1,1 =
Arbeitslosenquote (gemäß EU-Norm, in %)	3,7	3,6	4,1	4,1 =	4,0 =
Arbeitslosenquote (gemäß AMS, in %)	5,8	6,1	6,9	6,9 =	6,7 =

Quelle: Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft / + der Wert wurde gegenüber der letzten Prognose erhöht / - der Wert wurde gegenüber der letzten Prognose gesenkt / = gegenüber der letzten Prognose keine Veränderung

2002 wiesen die Warenimporte einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr aus. Der relativ schwache Konsum und der Einbruch bei den Ausrüstungsinvestitionen spiegelte sich in dieser Entwicklung wider.

Auch im laufenden Jahr ist nur mit schwachen Zuwächsen bei den Importen im weiteren Sinn zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt erwarten wir ein Plus von 2,5 % (real; 2001: +5,9 %; 2002: -1,3 %).

Für 2004 gehen wir von einer Steigerung in Höhe von 6 % aus.

Wenig Lust auf Investitionen

Äußerst zurückhaltend ist zur Zeit die Einstellung hinsichtlich Investitionen. 2002 betrug die Ausrüstungsinvestitionen nur mehr rund 90 % des Niveaus des Jahres 2000 (real). Auch im 1. Halbjahr 2003 war nach den bisher vorliegenden Daten die Investitionsneigung der Unternehmen nur sehr verhalten.

Unausgelastete Kapazitäten und nicht sehr optimistische Umsatzerwartungen lassen vermuten, dass auch weiterhin die Umsetzung diverser Investitionsprojekte aufgeschoben wird. Der Anteil der Ersatzinvestitionen an den gesamten Ausrüstungsinvestitionen könnte hingegen eine steigende Tendenz aufweisen.

Für 2003 gehen wir davon aus, dass die Investitionen im Jahresdurchschnitt einen leichten Zuwachs von 1,9 % (real) erreichen könnten.

2004 sollte der Bedarf an Ersatzinvestitionen weiter ansteigen und das niedrige Zinsniveau könnte zusätzliche Anreize bieten. Im Jahresdurchschnitt werden die Ausrüstungsinvestitionen voraussichtlich um 5 % (real) zunehmen.

Vor Erholung im Bau

Schon seit längerem hatte die Bauwirtschaft keine stürmische Entwicklung und in den Jahren 2001 sowie 2002 gingen die Investitionen sogar leicht zurück.

Einige Anzeichen deuten nunmehr darauf hin, dass die Bauwirtschaft einer leichten Besserung entgegenseht. Nicht nur der Tiefbau (durch die Ausweitung des öffentlichen Finanzierungsrahmens für Straßen- und Schienenbau), sondern auch der Hochbau (steigende Auftragseingänge) sieht die Zukunft optimistischer.

Für das Jahr 2003 erwarten wir einen realen Zuwachs von 1,2 %. Und auch 2004 könnte das Investitionsvolumen um weitere 1,6 % ansteigen.

Konsumentenstimmung weiterhin schlecht

Bereits zum vierten Mal in Folge zeigte der monatlich erstellte BA-CA Konjunkturindikator eine weitere Verschlechterung an (siehe dazu auch den Beitrag auf Seite 6). Hauptverantwortlich für diese Entwicklung war der erneute Rückgang der Konsumentenstimmung.

Auswirkungen zeigte dies auf die Einzelhandelsumsätze, deren Dynamik im Feber und im März 2003 nur schwach war. Ein relativ starkes Ergebnis lieferte zwar der April, was allerdings auf den späten Ostertermin zurückzuführen ist. Wir gehen davon aus, dass in Summe für den Einzelhandel der Rest des 2. Quartals ebenfalls nur schwach war.

Aufgrund des Ostereffektes sollte der private Konsum im zweiten Quartal 2003 – im Vergleich zum Vorjahr – dennoch eine höhere Wachstumsrate als im ersten Quar-

tal (real +0,7 %) erreichen. Für die zweite Jahreshälfte 2003 erwarten wir eine leichte Belebung des Konsums, wodurch sich im Jahresdurchschnitt ein Zuwachs von 1,3 % (real; 2002: +0,9 %) errechnet.

2004 sollte sich der private Konsum weiter beschleunigen und im Jahresdurchschnitt ein Plus von 1,7 % (real) erreichen können.

Inflation bleibt niedrig

Nur kurz war der inflationsfördernde Einfluss des Ölpreises im Zusammenhang mit dem Irakkrieg. Nach einem Anstieg der Verbraucherpreise um 1,7 % im Jänner und Feber erhöhten sich die Preise im März 2003 um 1,8 %. Bereits im April reduzierte sich die Inflation auf 1,3 % und für die Monate Mai und Juni wurde ein Wert von 1,1 % ausgewiesen.

Zurückzuführen ist diese Entwicklung vor allem auf die Verbilligung der Energieträger, wo die in US-Dollar verrechneten Preise bereits unter dem Niveau des Vorjahres lagen. Hinzu kommt eine weitere Verbilligung durch die starke Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar.

Die Tendenz einer moderaten Preisentwicklung sollte sich weiter fortsetzen. Für den Jahresdurchschnitt 2003 erwarten wir daher eine Inflationsrate in Höhe von 1,3 %.

Auch für 2004 gehen wir davon aus, dass die Preisentwicklung eher verhalten sein wird. Im Jahresdurchschnitt wird die Teuerung voraussichtlich eine Höhe von 1,1 % erreichen.

Arbeitsmarkt bleibt auch heuer schwach

Die bisher vorliegenden Daten für das Jahr 2003 las-

sen erwarten, dass die Zahl der unselbständig Beschäftigten im Jahresdurchschnitt auf etwa 3.175.000 ansteigen wird. Das würde bedeuten, dass eine Steigerung um 0,6 % verzeichnet werden könnte (2002 betrug die Steigerung nur 0,2 %). Rechnet man allerdings aus dieser Zahl die KarenzgeldbezieherInnen und Präsenzdiener heraus, dann ergibt sich ein Durchschnittswert von rund 3.078.000 und damit gegenüber 2002 nur eine Steigerung um 0,1 %. Im Vergleich zum Vorjahr (2002 musste noch ein Rückgang von 0,5 % verzeichnet werden) immerhin eine leichte Verbesserung, die auf die robuste Entwicklung im Dienstleistungssektor (insbesondere auf unternehmensbezogene Dienstleistungen) sowie des öffentlichen Sektors, bei gleichzeitigem Rückgang des Beschäftigungsabbaus im Industriebereich, zurückzuführen ist.

Erwartungsgemäß wird diese schwache Beschäftigungszunahme keine Entlastung im Bereich der Arbeitslosigkeit bringen. Für den Jahresdurchschnitt 2003 erwarten wir einen Stand von etwa 235.000. Dies wird der zweithöchste Wert der letzten Jahre sein. Daraus ergibt sich eine Arbeitslosenquote gemäß AMS-Definition in Höhe von 6,9 % und gemäß Eurostat in Höhe von 4,1 %.

Etwas günstiger stellt sich aus heutiger Sicht der Arbeitsmarkt im nächsten Jahr dar. Im Zuge der Konjunkturverbesserung erwarten wir für den Jahresdurchschnitt 2004 bei der Beschäftigung einen Anstieg um knapp 15.000 Personen (+0,5 % gegenüber 2003) und bei den Arbeitslosen einen Rückgang um rund 7.000 (Arbeitslosenquoten von 6,7 bzw. 4,0 %). ■

BA-CA Konjunkturindikator für Österreich

Konjunktur bleibt schwach – Erholung erst ab Herbst

◆ Auslandsnachfrage zeigt noch keine Belebung

◆ Österreichs Konsumenten weiter im Stimmungstief

Der monatliche BA-CA Konjunkturindikator zeigt im Juli zum vierten Mal in Folge eine Verschlechterung. Mit einem Rückgang von 1,9 auf 1,8 fiel die Verschlechterung so wie im Juni jedoch gering aus. Erneut war es die Konsumentenstimmung, die sich negativ auf unseren Konjunkturindikator auswirkte.

Das Verbrauchervertrauen in Österreich hat mit der erneuten Verschlechterung im Juni das tiefste Niveau seit Herbst 1997 erreicht. Gleichzeitig zeigt das Vertrauen der Industrie, sowohl in Öster-

reich als auch im gesamten Euroraum, keine erneute Verschlechterung gegenüber dem Jahresanfang und liegt zudem deutlich höher als zum Tiefpunkt der Rezession im Herbst 2001. Die Industrie bleibt damit Vorreiter der konjunkturellen Entwicklung, sowohl in Österreich als auch im gesamten Euroraum. Die pessimistische Konsumentenstimmung in Österreich und auch im Euroraum wird sich nach unserer Meinung erst mit spürbarer Belebung der Industriekonjunktur bessern.

Diese Verbesserung der europäischen Industriekonjunktur erwarten wir für das zweite Halbjahr. Wir bleiben relativ optimistisch, dass die Stabilisierung des Vertrauens

im Euroraum und die Konjunkturoffnung in den USA auch die österreichische Konjunktur in den nächsten Monaten beleben werden. Mit einer Belebung der Auslandsnachfrage parallel mit der noch immer als relativ günstig beurteilten Inlandsnachfrage sollte sich die Industriekonjunktur als erstes beleben.

Die Stimmung der Konsumenten wird zwar erst bei deutlicheren Signalen der gesamtwirtschaftlichen Erholung wieder spürbar zulegen, allerdings dürfte sich die schlechte Stimmung nicht voll auf das Kaufverhalten durchschlagen und zudem läuft die Konsumentenstimmung traditionell der Konjunktur hinterher. Die leichte

Belebung des Einzelhandels in den ersten vier Monaten hat dies gezeigt, niedrige Zinsen und niedrige Inflation werden zudem die Nachfrage bei wieder etwas optimistischeren Aussichten unterstützen.

Die jetzt veröffentlichten Daten für das schwache zweite Quartal und die damit verbundene Revision der Erwartungen für 2003 sollten bei den Konjunkturerwartungen für das zweite Halbjahr und vor allem für 2004 unserer Meinung nach nicht überbewertet werden. Dementsprechend optimistisch bleiben wir bei unserer Prognose für 2004, für das wir weiterhin ein Wirtschaftswachstum von rund 2 % in Österreich erwarten. ■

Bank Austria Creditanstalt Konjunkturindikator Österreich

Der BA-CA Konjunkturindikator versucht, eine Schätzung des Konjunkturklimas ein halbes Jahr vor Veröffentlichung der BIP-Zahlen zu geben.

Ziel ist es, sehr schnell einen Anhaltspunkt über die aktuelle Konjunktursituation, der über die Befragung der Industrie hinausgeht, zu erhalten.

Die Komponenten des BA-CA Konjunkturindikators sind:

◆ das Vertrauen der österreichischen Industrie (Gewichtung 10 %),

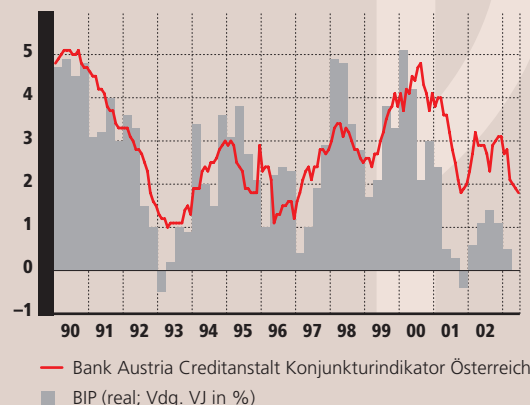
◆ das Vertrauen der Industrie im Euroland gewichtet nach dem österreichischen Außenhandel (Gewichtung 30 %),

◆ das Vertrauen der österreichischen Verbraucher (Gewichtung 50 %),

◆ das Wachstum der Konsumkredite (Gewichtung 10 %).

Die ersten drei Indikatoren basieren auf dem „EU Business and Consumer Survey“.

Die einzelnen Indikatoren werden dabei gewichtet und standardisiert und ergeben dann einen Schätzwert für den Trend des aktuellen Wirtschaftswachstums.



Quelle: Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

Konjunktur international

Aufschwung 2004?

Schwaches 1. Halbjahr, Hoffnung auf 2004

USA

Die US-Wirtschaft setzte im zweiten Quartal ihre schwache Entwicklung fort. Das Wachstum blieb bei 1,5 % (zum Vorquartal auf Jahresbasis) seit dem letzten Quartal 2002. Auch das zweite Quartal dürfte eine ähnlich schwache Dynamik zeigen. Die Industrieproduktion stagniert seit Jahresbeginn, der Arbeitsmarkt zeigte dementsprechend im Juni die höchste Arbeitslosenquote seit 1994. Allerdings deuten die Stimmungsindikatoren eine erste Verbesserung an.

Entsprechend diesem Bild liegt auch die Stimmung der Konsumenten deutlich unter den Werten des Vorjahres. Allerdings konnte sich die Stimmung nach dem

Ende des Irakkonfliktes doch deutlich verbessern. Der schwache Arbeitsmarkt und die schwache Industriekonjunktur verhinderten jedoch bisher eine weitere Verbesserung. Das Einzelhandelsvolumen stagniert dementsprechend seit Jahresbeginn, liegt jedoch weiterhin höher als vor einem Jahr.

Die weiteren Aussichten für die US-Wirtschaft sind damit zwar etwas optimistischer als vor zwei Monaten, eine durchgreifende Erholung lässt sich jedoch an den Zahlen noch nicht erkennen. Allerdings lassen die Zinssenkungen und vor allem die Steuersenkungen eine spürbare Belebung der Konjunktur im zweiten Halbjahr erwarten. Sollten nicht erneut

Unsicherheitsfaktoren auftreten, könnte sich das Wachstum in den USA im zweiten Halbjahr 2003 und zu Beginn 2004 spürbar beschleunigen. Selbsttragend wird es jedoch noch nicht sein.

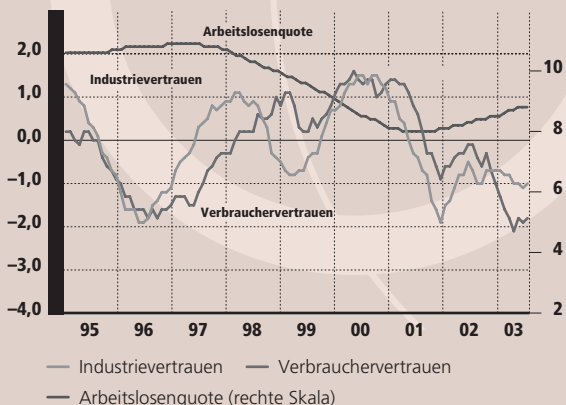
Euroraum

Nach der Stagnation im ersten Quartal zeigt die Wirtschaft im Euroraum auch im zweiten Quartal nur wenig Dynamik. Die Industrieproduktion konnte jedoch im April wieder zulegen, obwohl Deutschland wieder einen Rückgang meldete. Die Einzelhandelsumsätze konnten im Mai ihre Zuwächse vom April nicht fortsetzen und zeigten im Euroraum eine Stagnation zum Vorjahr und einen Rückgang zum Vormo-

nat. Der Arbeitsmarkt lässt dementsprechend auch keine Dynamik erkennen, die Arbeitslosenquote steigt langsam, aber kontinuierlich.

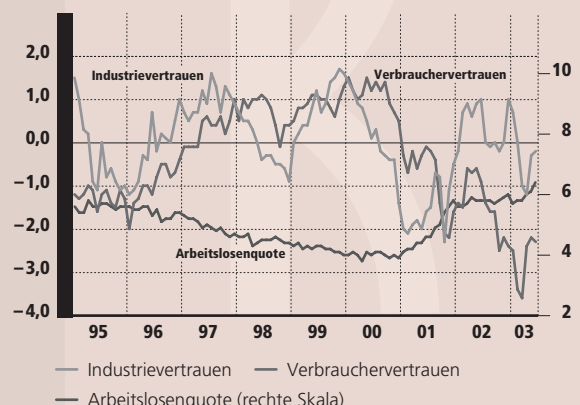
Die Industrie zeigte nur eine leichte Stimmungsver-schlechterung im zweiten Quartal. Im Juni war allerdings, trotz der negativen Wirkung des starken Euro, eine leichte Aufwärtsbewegung in den Stimmungsindikatoren der Industrie erkennbar. Ein ähnliches Bild zeigt die Stimmung der Konsumenten. Anders als bei der Industrie liegt die Stimmung der Konsumenten jedoch deutlich unter den Vorjahreswerten. Dies gilt vor allem für Deutschland, das weiterhin Wachstumsnachzügler ist und auch im zweiten Quartal die wirtschaftliche Dynamik des gesamten Euro-raumes dämpft. Für die weitere Entwicklung sollte jedoch auch im Euroraum eine erste Verbesserung, ausgehend von den niedrigen Zinsen und einem steigenden Optimismus in den USA, registriert werden können. Deutliche Dynamik ist jedoch 2003 nicht mehr zu erwarten. ■

Konjunktur Euroraum



Quelle: Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

Konjunktur USA



Quelle: Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

Konjunktur Mitteleuropa

Robuste Dynamik in schwierigem Umfeld

Die BIP-Zahlen des 1. Quartals 2003 der Länder der Region liegen nun komplett vor. Das ansonsten uneinheitliche Konjunkturprofil wird überwiegend von der relativ kräftigen Inlandsnachfrage geprägt. Daran wird sich angesichts der hartnäckigen internationalen Konjunkturflaute vorerst auch kaum etwas ändern.

Die wirtschaftliche Dynamik in Zentral- und Osteuropa hat sich in den ersten Monaten des laufenden Jahres erwartungsgemäß als recht robust erwiesen. Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts der CEE-11 betrug im 1. Quartal wie schon im letzten Quartal des Vorjahres durchschnittlich knapp über 3 % im Jahresabstand. Während der regionale Durchschnitt beinahe unverändert blieb, ergaben sich

deutliche Verschiebungen bei den einzelnen Ländern. In Südosteuropa und in den baltischen Republiken war überwiegend eine Aufwärtsentwicklung gegenüber dem Jahreswechsel zu verzeichnen. In den meisten zentraleuropäischen Ländern schwächte sich das Wachstum dagegen geringfügig ab. Die Slowakei ausgenommen, ist den Ländern der Region zumindest gemeinsam, dass die verschiedenen Komponenten der Inlandsnachfrage, vor allem aber der private Konsum, die Basis des Wachstums bilden. Während im baltischen Raum und in den südosteuropäischen Ländern auch die Investitionen kräftig expandieren, manifestiert sich in Zentraleuropa zu Beginn des Jahres eine Investitionsschwäche, von der nur Slowenien nicht betroffen war. Dagegen waren in Polen, Slowakei, Tschechien

und Ungarn die Investitionen im Jahresvergleich sogar rückläufig. Hier schlägt sich anscheinend die enge wirtschaftliche Verknüpfung mit der EU, vor allem aber mit dem konjunkturell angeschlagenen Deutschland, negativ nieder. Die nicht unbeträchtliche Abhängigkeit von der internationalen Konjunktur zeigt sich erwartungsgemäß aber auch in der Entwicklung der Auslandsnachfrage. Der Außenbeitrag hat sich in den meisten Ländern verschlechtert, da die Exportdynamik unter dem wenig günstigen internationalen Umfeld gelitten hat, während die kräftige Inlandsnachfrage einen Importsog auslöste. Von diesem Trend konnte sich in Zentraleuropa nur die Slowakei lösen, die von hohen ausländischen Direktinvestitionen der vergangenen Perioden profitiert. Gleiches gilt im Übrigen auch für die

südosteuropäischen Länder Bulgarien und Rumänien, die dadurch einen Anstieg des BIP im 1. Quartal 2003 um 3,8 % bzw. 4,4 % verzeichnen konnten. Für das Gesamtjahr 2003 erwarten wir ein Wirtschaftswachstum von 4 % in Bulgarien und 4,6 % in Rumänien. In den fünf zentraleuropäischen Ländern ist 2003 ein geringerer Anstieg des BIP zu erwarten.

Polen

Die polnische Wirtschaft hat ihre allmähliche Erholung fortgesetzt. Das BIP wuchs im 1. Quartal um 2,2 % im Jahresabstand, ebenso wie nach revidierten Zahlen im Vorquartal. Das reale Wachstum der heimischen Nachfrage beschleunigte sich von 1,3 % im Jahresabstand im 4. Quartal 2002 auf 2,3 %. Das Wachstum des privaten Konsums verlangsamte sich dabei allerdings drastisch

Reales BIP, Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

	2002			2003				2003			
	2002	2003 ¹	2004 ¹	1.Qu.	2. Qu.	3.Qu.	4. Qu.	1.Qu.	2. Qu. ¹	3.Qu. ¹	4. Qu. ¹
Estland	5,8	4,6	5,5	3,2	7,0	6,7	5,9	5,0	3,6	4,6	5,0
Lettland	6,1	5,7	5,8	3,7	4,9	7,4	8,3	8,8	5,0	5,5	4,0
Litauen	6,7	6,1	6,2	3,9	7,7	7,8	7,0	9,4	6,1	4,5	4,0
Polen	1,4	2,5	3,1	0,5	0,9	1,8	2,2	2,2	2,7	2,5	2,7
Slowakei	4,4	3,7	4,2	3,9	4,0	4,3	5,4	4,1	4,1	3,8	2,7
Slowenien	3,2	2,6	3,5	2,2	3,2	3,4	3,9	2,3	2,6	3,0	2,7
Tschechien	2,0	2,6	3,0	2,6	2,1	1,7	1,5	2,2	2,3	3,1	2,9
Ungarn	3,3	3,0	3,5	2,9	3,0	3,5	3,7	2,7	3,2	3,5	3,7
CEEC-8	2,5	2,9	3,5	1,7	2,2	2,8	3,0	2,9	3,0	3,1	3,0
Bulgarien	4,8	4,0	4,5	3,4	5,6	6,4	3,4	3,8	4,9	4,3	3,6
Kroatien	5,2	4,0	3,5	4,3	4,0	6,5	5,9	4,9	4,1	3,5	3,1
Rumänien	4,9	4,6	4,9	3,1	5,7	4,7	6,1	4,4	5,0	5,1	4,3
CEEC-11	2,9	3,2	3,7	2,0	2,7	3,3	3,5	3,2	3,3	3,4	3,2

Quelle: Nationale Statistikämter, Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft / 1) Prognosen der BA-CA Konzernvolkswirtschaft

von 3,5 % auf 1,4 % und die Anlageinvestitionen fielen wie schon im Vorquartal um 3,6 %. Da auch der öffentliche Konsum leicht zurückging, bleiben als einzige Triebkraft die Lagerinvestitionen. Wir vermuten aber, dass das Statistikamt den Einbruch beim Konsum überschätzt hat und die Zahlen später revidieren wird. Es bleibt dennoch ein negativer Nachgeschmack, insbesondere wegen der enttäuschenden Anlageinvestitionen. Für eine weitere Festigung des Aufschwungs spielen diese eine Schlüsselrolle.

Für eine zukünftige Belebung der Investitionen spricht, dass sich die Unternehmensfinanzen zu erholen begonnen haben. Ein ermutigendes Zeichen setzte die Industrieproduktion, die in den ersten fünf Monaten um 5,6 % im Jahresabstand wuchs, im Gesamtjahr 2002 waren es nur 1,4 % gewesen. Wir rechnen trotz der bisher anhaltenden Investitionsschwäche für 2003 weiter mit einem BIP-Wachstum von 2,5 % nach nur 1,4 % 2002 und 1,0 % 2001.

Slowakei

Die slowakische Wirtschaft wuchs im ersten Quartal 2003 um 4,1 % im Jahresabstand nach sogar 5,4 % im letzten Quartal des Vorjahres. Das schwächste Glied im sonst respektablem slowakischen Wachstum blieben allerdings vorerst die Anlageinvestitionen, die um 2,0 % im Jahresabstand zurückgingen. Die Exporte von Gütern und Dienstleistungen überstiegen hingegen erstmals seit dem ersten Quartal 1995 die Importe und waren Haupttriebkraft des Wachstums.

Sowohl in der Industrie als auch am Bausektor zeigt sich ein weiteres Nachlassen der hohen Dynamik der slowakischen Wirtschaft. Ange-

sichts des scharfen Einbruchs der Einzelhandelsverkäufe wegen der Preiserhöhungen zu Jahresanfang ist das kaum verwunderlich. Wir rechnen für 2003 mit einem BIP-Wachstum von 3,7 %, um 0,7 Prozentpunkte geringer als im Jahr 2002.

Slowenien

Das Wirtschaftswachstum verlangsamte sich auf 2,3 % im Jahresabstand im 1. Quartal 2003. Der private Konsum stieg um 2,7 % und der öffentliche Konsum um 4,1 %. Die Investitionen waren besonders robust mit einem Anstieg um über 5,0 % im Jahresvergleich. Die starke Inlandsnachfrage steht hinter dem Importanstieg um 5,7 %, während die schwache internationale Konjunktur nur ein Exportwachstum um 2,8 % zuließ.

Obwohl die Nettolöhne im laufenden Jahr bis März um 8,3 % stiegen, liegt das Konsumentenvertrauen weiter im negativen Bereich und sank auch im Mai. Dennoch erwarten wir heuer eine etwas dynamischere Entwicklung des privaten Konsums. Der Industrievertrauensindikator, für den wir Daten bis Mai haben, ist seit Jahresende saisonal bereinigt ebenfalls gesunken, hauptsächlich aufgrund der zurückhaltenden wirtschaftlichen Lage in Deutschland und anderen wichtigen EU-Handelspartnern. Die Industrieproduktion sank im Mai um 1,6 % im Monatsvergleich, so dass sich der Trend, der in den vergangenen sechs Monaten im Prinzip ausgeglichen war, ins negative gekehrt hat. Nach dem schwachen Ergebnis des 1. Quartals und den wenig verheißungsvollen Frühindikatoren haben wir unsere Wachstumsprognose für das laufende Jahr auf 2,6 % gesenkt.

Tschechien

Mit 2,2 % im Jahresvergleich beschleunigte sich der Anstieg des BIP im 1. Quartal 2003 erstmals wieder seit einem Jahr. Während die relativ hohe Wirtschaftsdynamik des 1. Quartals etwas überrascht, gibt die Zusammensetzung des Wachstums ein wenig Anlass zur Sorge. Der private Konsum ist mit einem Anstieg um 4,6 % die tragende Säule. Hohe Reallohnsteigerungen um durchschnittlich 8,5 % in den ersten drei Monaten des Jahres basierend auf der geringen Inflation sowie einem tiefen, kreditfreundlichen Zinsniveau stehen dahinter. Verantwortlich für den Anstieg des öffentlichen Konsums um sogar 5,2 % im Jahresabstand ist die anhaltend expansive Fiskalpolitik. Während die Verschlechterung des Außenbeitrags, dank guter Entwicklung der Warenexporte, nur gering ausfiel, weisen die Bruttoanlageinvestitionen sogar einen Rückgang um 2,5 % im Jahresabstand auf. Dies spiegelt vor allem das angesichts der internationalen Konjunkturflaute schlechtere globale Investitionsklima wider. Im 2. Quartal hat sich die Wirtschaftsdynamik bisher mehr oder weniger unverändert fortgesetzt. Die Industrieproduktion stieg im April um 5,6 % und im Mai allerdings nur noch um 3,2 % im Jahresabstand. Für das Gesamtjahr 2003 erwarten wir weiterhin einen BIP-Anstieg um 2,6 %.

Ungarn

Die Wirtschaftsdynamik hat sich erwartungsgemäß in den ersten Monaten des Jahres 2003 abgeflacht. Nach einem Anstieg des BIP im 4. Quartal 2002 um 3,7 % im Jahresvergleich verringerte sich die Zunahme der Wirtschafts-

leistung im 1. Quartal des laufenden Jahres im Vergleich zur Vorjahresperiode auf 2,7 %. Das ist der niedrigste Wert seit Anfang 1997. Neben den ungünstigen internationalen Rahmenbedingungen sind budgetäre Einschränkungen der öffentlichen Hand für die schwache Investitionsentwicklung im 1. Quartal des Jahres verantwortlich. Die Bruttoanlageinvestitionen weisen einen Rückgang im Jahresvergleich um 1,2 % auf. Der externe Sektor war nicht in der Lage zum Anstieg des BIP in den ersten drei Monaten beizutragen, so dass das Wachstum in Ungarn derzeit nur noch auf einer Säule, dem privaten Konsum steht.

Der private Konsum legte um über 8 % im Jahresabstand zu. Weiterhin sorgten die hohen Reallohnsteigerungen von 13,7 % im 1. Quartal für den Auftrieb. Wie die bisher vorliegenden Indikatoren zeigen, hat sich das Konjunkturmodell im 2. Quartal nicht entscheidend verändert. Die Kraft des privaten Konsums wird noch einige Monate halten, doch in der zweiten Jahreshälfte an Schwung einbüßen, da die Reallohnsteigerungen sinken werden. Die Investitionstätigkeit wird auch weiterhin von den Budgetzwängen der öffentlichen Hand belastet. Externe Impulse werden schwächer ausfallen als bisher angenommen, sie sollten allerdings ausreichen, um die Situation im Außenhandel im weiteren Jahresverlauf zu verbessern. Insgesamt wird nach dem schwachen Jahresbeginn und der nur moderaten Fahrtaufnahme der Konjunktur in den nächsten Monaten das Wirtschaftswachstum unter den bisherigen Erwartungen bleiben. Wir haben unsere Wachstumsprognose für 2003 auf 3,0 % gesenkt. ■

Landwirtschaft

Vor großen Reformschritten

Österreichs Landwirtschaft ist in den nächsten Jahren wieder mit größeren Hürden konfrontiert, der Agrarreform 2003 und der EU-Osterweiterung. Ersten Einschätzungen zufolge wird der Sektor beide Veränderungen ohne schwerwiegendere Einbußen bewältigen. Längerfristig muss mit Struktur Anpassungen gerechnet werden.

Der Stellenwert der Land- und Forstwirtschaft in der sozioökonomischen wie geografischen Struktur des Landes lässt sich anhand des bescheidenen Beitrags zur Wirtschaftsleistung von 1,7 % sicher nicht bemessen. Der Sektor ist nicht nur Nahrungsmittelproduzent, sondern trägt genauso zur Siedlungssicherung bei wie zur Aufrechterhaltung der Infrastruktur, der Katastrophen-

vorsorge durch die Waldbewirtschaftung und zur Erhaltung der Kulturlandschaft. Auf den 218.000 Bauernhöfen Österreichs, 80.000 davon sind Haupterwerbsbetriebe, leben mehr als 10 % der Bevölkerung; Ende der 90er Jahre waren das 830.000 Personen. 530.000 von ihnen sind in der Land- und Forstwirtschaft auch beschäftigt, 165.000 in Vollzeit.

Abwanderung verliert an Tempo

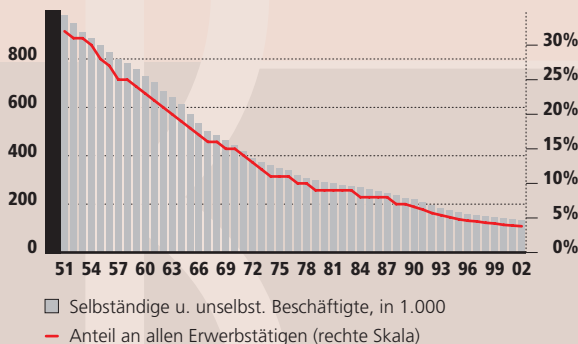
Die Landwirtschaft verlor in den letzten Jahrzehnten vor allem als Arbeitgeber an Bedeutung: 1951 fand noch ein Drittel der Erwerbstätigen im Sektor Arbeit, 2002 nur mehr knapp 3 Prozent. Langfristig ist die Beschäftigung in der Landwirtschaft um durchschnittlich 3,8 Prozent im Jahr gesunken, im Vorfeld des EU-Beitritts um mehr als 5 % im

Jahr. Danach ist das Beschäftigungsminus kontinuierlich gesunken, auf durchschnittlich 2 % in den letzten Jahren. Als Ausdruck der zunehmenden Mechanisierung der landwirtschaftlichen Produktion ist die Zahl der Betriebe in Relation zur Zahl der Beschäftigten deutlich langsamer gesunken (Ø 1951/1999 -1,4 Prozent p.a.). Nach dem EU-Beitritt hat sich der Ausleseprozess verschärft. Von 1995 bis 1999 wurden im Jahr 2,3 Prozent der Agrarbetriebe aufgegeben, vor allem Nebenerwerbsbetriebe. Gleichzeitig sind die Betriebsgrößen gestiegen, von weniger als 10 Hektar Nutzfläche pro Betrieb Anfang der 50er Jahre bis auf knapp 17 Hektar. Damit sind sie noch immer kleiner als im EU-Mittel (18,7 Hektar), wobei die größten Milch-, Fleisch- und Getreideproduzenten in Europa,

Frankreichs und Deutschlands Bauern, 42 respektive 36 Hektar bearbeiten.

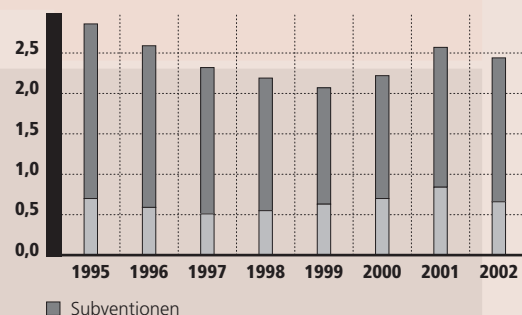
Die kleinbetriebliche Struktur ist nur in bestimmten Segmenten, beispielsweise dem Getreideanbau, ein Konkurrenznachteil. Wesentliche Strukturnachteile hat die heimische Landwirtschaft aber aufgrund der spezifischen klimatischen und geografischen Bedingungen. Der Anteil benachteiligter landwirtschaftlicher Nutzflächen, z. B. in Bergregionen, erreicht in Österreich 69 Prozent, im EU-Schnitt 56 Prozent. Die Folge sind unter anderem relativ niedrige Hektarerträge im Pflanzenbau, die beispielsweise bei Weizen um durchschnittlich 11 Prozent unter dem EU-Mittel liegen (in einem Vergleichszeitraum seit 1995). Die Milchleistung österreichischer Kühe ist um durchschnittlich 10 Prozent

Abwanderung aus der Land- und Forstwirtschaft



Quelle: WIFO, Hauptverband; BA-CA Konzernvolkswirtschaft

Landwirtschaftliche Einkommen
(in Mrd. Euro)



Quelle: Statistik Austria; BA-CA Konzernvolkswirtschaft

niedriger als im EU-Mittel beziehungsweise um 25 Prozent niedriger als die von dänischen Kühen, den traditionell besten Milchlieferanten Europas mit einer jährlichen Milchproduktion von 6.700 kg/Kuh (Österreich: 5.000 kg).

Agrareinkommen

Da drei Viertel der Einkommen in der Landwirtschaft von Subventionen abhängen, ist die Sensibilität des Sektors gegenüber Änderungen in der Förderlandschaft naturgemäß sehr hoch. Die Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft seit dem EU-Beitritt lässt sich großteils auch mit Änderungen im Fördervolumen erklären. Nach laufenden Einbußen bis 1999 sind die Agrareinkommen 2000 und 2001 kräftig gestiegen. Der Umbau des EU-Förderregimes in der Agenda 2000, vor allem verlieren Preisstützungen und Ankaufsaktionen zugunsten der Förderung wenig intensiver und biologischer Produktionen an Bedeutung, kommt der österreichischen Landwirtschaft mit ihrer kleinbäuerlichen Struktur

und den relativ schwierigen Produktionsbedingungen auf jeden Fall zugute.

2002 sind die landwirtschaftlichen Einkommen um 5,1 Prozent auf 2,4 Milliarden Euro gesunken. Hintergrund waren vor allem hohe Preiseinbußen: Der Schweinepreis fiel um durchschnittlich 20 Prozent, die Getreidepreise um 11 Prozent und der Milchpreis um rund 5 Prozent. Wie 2000/2001 sind die Subventionen wieder kräftig gestiegen und verhinderten stärkere Einkommenseinbußen (vgl. Tabelle 1).

Nahrungsmittel-nachfrage

Die Nahrungsmittelausgaben der ÖsterreicherInnen wachsen kontinuierlich, aber relativ langsam, seit zwei Jahrzehnten um durchschnittlich 2,8 Prozent im Jahr. Die gesamten Konsumausgaben sind im selben Zeitraum jährlich um 5,2 Prozent nominell gestiegen. Mit kräftigen Nachfragezuwächsen im Inland kann die Landwirtschaft also nicht rechnen. Allerdings bieten Auslandsmärkte und Nachfrageänderungen neue Ab-

satzchancen. Vor allem mit dem zunehmenden Gesundheitsbewusstsein der ÖsterreicherInnen hat sich auch ihr Einkaufszettel verändert. Während der Verbrauch an Gemüse, Getreide und Geflügelfleisch, aber auch an Käse stark zugenommen haben, verloren Rind- und Schweinefleisch genauso wie Bier und Wein an Stellenwert.

Erfolgreiche Export-entwicklung

Versorgungslücken mussten zum Teil durch Importe gedeckt werden, beispielsweise bei Geflügel. Bei anderen Produkten haben die Landwirtschaft und die weiterverarbeitenden Betriebe erfolgreich auf die Nachfrageveränderungen reagiert. Bei Käse beispielsweise konnte nicht nur die rasch gestiegene Inlandsnachfrage gedeckt werden, sondern auch bemerkenswerte Exporterfolge erzielt werden. Der Exportüberschuss mit Molkeerzeugnissen 2002 stieg auf 153 Millionen Euro. 1996 verbuchte die heimische Milchwirtschaft noch ein Handelsbilanzminus. In den letzten Jahren reüssierten

auch die heimische Fleisch-(waren)-erzeugung und die Getreideverarbeiter mit qualitativ hochwertigen Produkten auf den Auslandsmärkten.

Österreich ist vom vielzitierten Feinkostladen Europas dennoch weit entfernt. Noch immer dominieren Rohstoffe den Nahrungsmittelexport, während höherverarbeitete Produkte importiert werden. Bei den Molkeerzeugnissen beispielsweise liegt der durchschnittliche Export-Wert pro Kilo um zwei Drittel unter den entsprechenden Importwerten: Überwiegend wird Rohmilch exportiert und Käse importiert.

Alternative Bio

Die hohe Flexibilität der kleinbetrieblichen Agrarstruktur Österreichs war die Basis für den sprunghaften Zuwachs der Bio-Betriebe in den 90er Jahren; neben finanziellen Anreizen in Form von Subventionen. Gemessen an den Anteilen der Biobetriebe und der biologisch bewirtschafteter Flächen an der Landwirtschaft (9 und 11 Prozent) ist Österreich das Bioland Nummer 1 in Europa (3 und 2 Prozent).

Dies obwohl sich der Sektor in den letzten Jahren konsolidiert hat und die Zahl der Betriebe seit dem Höchststand von 20.300 1998 um gut 2.000 gesunken ist. Der Wegfall der 5-jährigen Bindungspflicht der Landwirte im Rahmen des Umweltförderprogramms, Absatzschwierigkeiten und Probleme bei der Umsetzung der Bio-Richtlinien dürften viele Bauern bewogen haben, wieder auf konventionelle Produktionsweisen umzustellen. Im Vorjahr wurden wieder um 1,6 Prozent mehr Biobetriebe registriert und um 5 Prozent

(Tabelle 1)

Einkommen in der Landwirtschaft

	2002		2001 Vdg.z.Vj.	1995-2000 ØVdg. p.a.
	Mrd. Euro	Vdg.z.Vj.		
Produktionswert ¹	5,7	-3,1 %	5,9 %	-1,8 %
Pflanzliche Produktion	2,6	-1,6 %	5,6 %	-2,4 %
Tierische Produktion	2,6	-5,4 %	7,1 %	-1,9 %
Gütersubventionen ²	0,5	5,2 %	9,4 %	-15,9 %
+ Sonstige Subventionen ³	1,2	2,0 %	16,0 %	-0,1 %
- Vorleistungen	3,0	-1,2 %	4,8 %	0,6 %
- Abschreibungen	1,4	0,4 %	0,3 %	0,6 %
- Indirekte Steuern u. a.	0,1	6,3 %	-9,5 %	-1,8 %
Einkommen ⁴	2,4	-5,1 %	16,1 %	-5,0 %

Quelle: Statistik Austria / 1) Produktwert zu Herstellerpreisen (inkl. Gütersubventionen, exkl. Gütersteuern) / 2) Flächen- u. Viehprämien u. a. / 3) ÖPUL-Zahlungen, Ausgleichszulagen, Investitionsförderungen, Stilllegungsprämien u. a. / 4) = Beitrag des Agrarsektors zum BIP

mehr biologisch bewirtschaftete Nutzflächen (286.000 ha). Es stellen zunehmend auch Großbetriebe auf biologische Produktion um.

Schließlich sollte das Programm „Biologische Landwirtschaft 2003–2004“ des Landwirtschaftsministeriums, mit den Schwerpunkten auf der Vermarktung und Qualitätssicherung der Produkte, weiteren Bioprodukten wieder zu Marktanteils gewinnen verhelfen.

Agrarreform 2003

Der nächste Schritt einer grundlegenden Reform der EU-Landwirtschaft mit dem Ziel einer Stabilisierung und Sicherung der landwirtschaftlichen Einkommen und der Stärkung der Wettbewerbskraft steht bevor. Damit Produktionsentscheidungen in Zukunft stärker als Reaktion auf Marktsignale und weniger auf politische Eingriffe erfolgen, werden ab der Periode 2004/2005 im Wesentlichen folgende Maßnahmen umgesetzt:

◆ (Teil-)Entkopplung der Direktbeihilfen von der Produktion: Als Ersatz für die produktionsabhängigen Tier- und Flächenprämien erhalten die

Bauern Betriebsprämien.

◆ „Cross-Compliance“: Die Betriebsprämien werden an die Einhaltung von Standards gebunden, vor allem im Umweltbereich, der Lebensmittelsicherheit und der Pflege der Landwirtschaftsflächen.
◆ Modulation der Direktbeihilfen, die schrittweise zu den Förderungen für die ländliche Entwicklung umgeschichtet werden sollen.

Die Restrukturierung der Landwirtschaft in Österreich hat schon mit der Übernahme des EU-Agrarregimes 1995 an Tempo zugelegt und wird sich mit der Reform 2003 nicht nennenswert beschleunigen. Eine Modellrechnung des WIFO geht davon aus, dass es mittelfristig nur im Fall kräftiger Preisanpassungen nach unten zu leichten Einkommenseinbußen kommt und nur in der Rinderzucht die Produktion sinkt.

Mittelfristig bleibt die Sektorstruktur mehr oder weniger unverändert. Die Reform 2003 wird allerdings auf betrieblicher Ebene fundamentale Entscheidungsänderungen bringen, vor allem weil die Bauern versuchen werden, ihre Produktionsstrukturen an die neuen Er-

tragsmöglichkeiten anzupassen. Beispielsweise vermindert die Teilentkopplung der Schlachtungsprämien den Deckungsbeitrag in der Rinderzucht. Andere Betriebsformen werden die Fruchtfolge sowie die Produktionsausrichtung ändern. In wirtschaftliche Schwierigkeiten könnten Betriebe geraten, die erst in den letzten Jahren in wenig profitable Betriebszweige investiert haben. Hingegen erhalten potenzielle Aussteiger aus der Landwirtschaft mit der entkoppelten Betriebsprämie eine Art Übergangshilfe. Das könnte längerfristig den Strukturwandel und die Abwanderung in bestimmten Regionen beschleunigen.

EU-Osterweiterung

Die größere Herausforderung für die EU-Landwirtschaft wird die Osterweiterung der Gemeinschaft. Mit 1. Mai 2004 wächst die Zahl der EU-Konsumenten um 19 Prozent (75 Millionen Personen), die landwirtschaftlichen Nutzflächen um fast ein Drittel und die Beschäftigten in der Landwirtschaft aber um zwei Drittel. Massive Strukturdefizite der Landwirtschaft

der neuen Mitgliedsstaaten, das enorme Produktionspotenzial und die noch relativ geringe Wirtschaftskraft vieler der Länder werden den Wettbewerb im Sektor verschärfen, sowohl auf den Agrarmärkten als auch um die Verteilung der Fördermittel. Aus diesem Grund wird der Zugang zu den EU-Agrartöpfen für die neuen Mitglieder vorerst eingeschränkt. Schätzungen gehen davon aus, dass der Output der neuen Mitglieder in den kommenden Jahren leicht steigt, infolge etwas höherer (Interventions-)Preise, guter Absatzperspektiven im Binnenmarkt und der Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung.

Kurzfristig wird Österreichs Landwirtschaft aufgrund der Osterweiterung keine nennenswerten negativen Wirkungen spüren. Der erwartete Preisdruck vor allem bei Getreide und Gemüse kann durch die Absatzchancen in den neuen Märkten kompensiert werden. Kräftige Einkommenszuwächse in Osteuropa in den nächsten Jahren werden die Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Agrarprodukten und höherverarbeiteten Nahrungsmitteln anregen. Hier bieten sich Absatzchancen auch für heimische Bio-Produkte. Mittelfristig sind leichte Marktanteilsverluste im Inland möglich, vor allem im unteren Qualitäts- und Preissegment bei Getreide und im Milchmarkt. Aufgrund laufender Produktionsüberschüsse kann in diesem Segment mit keiner Lockerung des Preisdrucks gerechnet werden. Erst längerfristig wird die EU-Osterweiterung den Strukturwandel in der Landwirtschaft beschleunigen, wobei der Anpassungsdruck in den Grenzregionen besonders zu spüren sein wird. ■

(Tabelle 2)

Nahrungs- und Genußmittelhandel

	Exporte			Importe		
	2002 Mio. Euro Ø Vdg.p.a.	2002 Ø Vdg.p.a.	90/01 Ø Vdg.p.a.	2002 Mio. Euro	2002 Ø Vdg.p.a.	90/01 Ø Vdg.p.a.
Summe Ernährung	3.074,6	9,7 %	10,4 %	4.029,7	2,4 %	7,1 %
davon:						
Molkereierzeugnisse	611,6	7,1 %	13,0 %	458,2	4,8 %	14,6 %
Fleisch und -waren	556,7	6,8 %	10,5 %	409,9	-3,1 %	13,8 %
Gemüse, Früchte	463,6	1,1 %	12,3 %	1.066,0	-2,2 %	3,8 %
Getreide, -erzeugnisse	463,4	14,3 %	7,0 %	461,2	5,6 %	10,3 %
Kaffee, Gewürze, Schokolade	319,2	6,4 %	9,9 %	453,4	0,3 %	3,7 %
Andere Nahrungsmittel*	248,0	15,2 %	13,1 %	380,4	9,7 %	9,9 %
Getränke	811,0	-5,7 %	18,7 %	328,2	7,9 %	9,8 %
Tabakwaren	164,1	44,5 %	17,2 %	168,7	27,2 %	10,8 %

Quelle: Statistik Austria; Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft / * Margarine, Würzsoßen, etc.

Finanzmarkt Ausblick

Ende der Deflationshysterie

Hoffnung auf US-Wirtschaft brems Euro, zumindest vorläufig.

Der starke Anstieg des Euro im Verlauf des ersten Halbjahres fand Ende Mai mit einem Kurs von 1,19 seinen vorläufigen Höhepunkt. Wesentlicher Auslöser der Trendwende beim Wechselkurs EUR/USD waren die aufkommenden Konjunkturoptimierungen der USA, die sich im Wesentlichen auf die wirtschaftspolitischen Maßnahmen stützen. Zum einen ist bereits im zweiten Halbjahr mit positiven Effekten der Steuersenkungen zu rechnen und zum anderen senkte die Fed das ohnehin bereits sehr niedrige Zinsniveau erneut.

Neben der Fed senkte jedoch auch die EZB angesichts der schwachen Konjunkturentwicklung ihren Leitzins. Der Reposatz wurde von 2,5 % auf 2,0 % gesenkt. Trotz der starken Senkung von 50 Basis-

punkten im Gegensatz zur Senkung um lediglich 25 Basispunkten in den USA wurde dieser Zinsschritt von den Marktteilnehmern angesichts der schwachen Euroraumkonjunktur (vor allem in Deutschland) und des noch immer relativ hohen Niveaus als restriktiver beurteilt, als jener der US-Notenbank.

Der aufkommende leichte Konjunkturoptimismus beendete auch die enorme Talfahrt der langfristigen Zinsen. Mitte Juni erreichten die Renditen 10-jähriger Staatsanleihen mit 3,44 % in Deutschland und 3,17 % in den USA historische Tiefstände. Dieser Renditenverfall war einerseits durch die Konjunkturskepsis und andererseits durch die aufkommende Diskussion über die Risiken einer Deflation genährt worden. Dementsprechend hatten viele Marktteilnehmer das Renditeniveau von Japan von unter 1 % vor Augen. Der europäische (deutsche)

Rentenmarkt wurde einmal mehr von der Entwicklung in den USA geleitet, auch wenn der Renditerückgang etwas schwächer ausfiel. Dies war weniger auf höhere Inflationsängste als auf die anhaltende Diskussion über die Verschuldungssituation Deutschlands zurückzuführen. Dementsprechend musste auch die deutsche Bundesanleihe im Vergleich zu anderen Emittenten der Eurozone Rückschläge hinnehmen. So lag die Rendite der österreichischen Bundesanleihe Mitte Juni um über 30 Basispunkte niedriger als die deutsche.

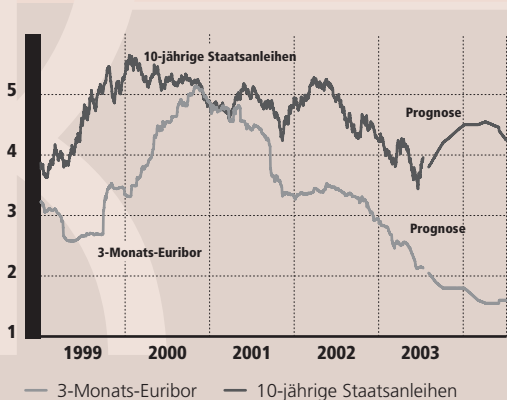
Am Aktienmarkt machte sich der stärkere Konjunkturoptimismus für die USA bemerkbar.

Die weiteren Aussichten sprechen dafür, dass es am Geldmarkt, zumindest im Euroraum, nochmals zu zumindest einer Zinssenkung kommen wird. Auch wenn nicht mit einer erneuten deut-

lichen Verschlechterung der konjunkturellen Situation zu rechnen ist, bleiben die Aufwärtskräfte vorläufig gering und die EZB könnte dementsprechend Unterstützung liefern. Allerdings ist diese erst im Herbst zu erwarten. In den USA könnte der Zinssenkungszyklus beendet sein.

Trotz der relativ schwachen Erholung in Europa wird eine vor allem fiskalpolitisch gestützte Erholung in den USA die weltweiten Deflations- und Rezessionsängste weiter vertreiben. Dementsprechend werden die Renditen von ihrem extrem niedrigen Niveau aus wieder steigen. Der Euro wird zwar kurzfristig durch die stärkere US-Konjunktur wieder an Wert verlieren, mittelfristig bleibt aber die US-Wirtschaft im Ungleichgewicht (vor allem die Leistungsbilanz und die Verschuldung), so dass der Euro dann wieder profitieren wird. ■

Zinssätze Euroraum



Quelle: HVB Research

USD per Euro



Quelle: HVB Research

Börsen im Blickpunkt

Asset Allocation für das dritte Quartal 2003

Aktienbörsen im Aufwärtstrend

Das abgelaufene 2. Quartal zeigte seit mehreren Jahren die beste Quartalsperformance an den internationalen Aktienmärkten. Mit dem Ultimatum der USA an das irakische Regime unter Saddam Hussein setzten die Hauptbörsen Mitte März zu einer scharfen Gegenbewegung zu der im Frühjahr 2000 einsetzenden Abwärtsbewegung an. Die verminderte Unsicherheit durch das schnellere als erwartet eingetretene Kriegsende und die darauf folgende Beruhigung der geopolitischen Situation gab der Aufwärtsbewegung weitere Nahrung. Fundamental trug vor allem der positive Verlauf der Berichtssaison zum 1. Quartal in den USA und Europa zu den Kursanstiegen bei. Das Gewinnwachstum der Unternehmen lag im 1. Quartal im Schnitt über den Markterwartungen. Im Zuge der gegenwärtigen Erholung erreichten die Indizes teilweise die höchsten Indexstände seit über einem Jahr. Gegen Ende Juni mussten die einzelnen Indizes von den zuvor erreichten höheren Niveaus wieder ein wenig Abstand nehmen, bevor die Kurse in der ersten Julihälfte generell wieder im Steigen begriffen waren und neue Höchststände erreicht wurden. Die Erholung vollzog sich in den USA stetiger als in Europa, wo sich einige Börsen nach den ersten Wochen mit stei-

genden Kursen seitwärts entwickelten, gegen Quartalsende aber wieder stark zulegen konnten. Der deutsche Aktienmarkt war unter den Hauptmärkten jener, der mit über 50 % die stärksten Kursgewinne aufgewiesen hat. Hier zeigte sich wieder einmal eine alte Gesetzmäßigkeit an den Kapitalmärkten, dass zuvor besonders in Mitleidenschaft gezogene Regionen im Zuge einer Gegenreaktion die stärksten Bewegungen vollziehen. Dies zeigt auch die Tatsache, dass vor allem auch jene Branchen die Erholung anführen, die zuvor in der Baisse am härtesten abgestraft worden waren (z.B. Technologie und Finanzdienstleister). Der Technologieindex Nasdaq weist heuer erstmals seit längerer Zeit wieder eine bessere Performance auf als Dow Jones und S&P 500. Trotz der starken Gegenbewegung der europäischen Märkte sind die amerikanischen Indizes Dow Jones und S&P 500 weniger weit von ihren Allzeithochs des Frühjahres 2000 entfernt als die europäischen Börsen.

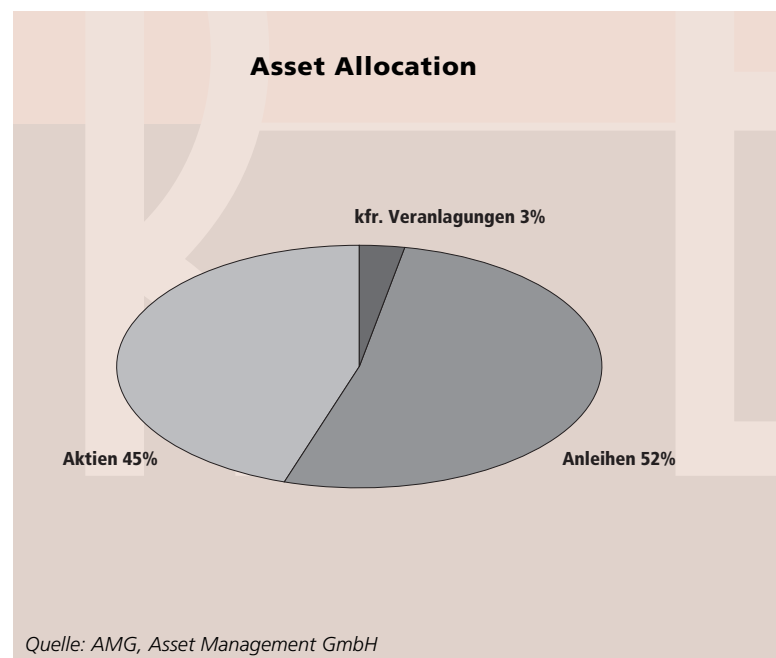
Berichtssaison bestimmt weitere Entwicklung

Die nun begonnene Berichtssaison für die Unternehmensergebnisse des zweiten Quartals bzw. für das erste Halbjahr wird den Handel in den nächsten Wochen bestimmen. Viel

Positives wurde in der Erholung der Aktienmärkte sicherlich bereits vorweggenommen. So könnten einzelne Enttäuschungen durchaus zu Abgängen an den Märkten führen. Andererseits würde eine deutlichere Verbesserung der Unternehmensgewinne die Aufwärtsbewegung fundamental stützen und auch eine Verbesserung des konjunkturellen Umfeldes ankündigen. Im 1. Quartal wurden die Unternehmensgewinne durch erfolgreiche Kosteneinsparungen und Restrukturierungsmaßnahmen gestützt. Im weiteren Zeitverlauf wird die Möglichkeit, durch weitere Kosteneinsparungen die Gewinnsituation zu verbessern, aber erschwert. Die „tief hängenden Früchte“ sind bei den

meisten Unternehmen sicherlich schon geerntet. Bei den amerikanischen Exportunternehmen kam im 1. Quartal auch noch die vorteilhafte Wechselkursentwicklung des US-Dollar gegenüber dem Euro positiv hinzu.

Auf alle Fälle hat sich die Sentimentlage an den internationalen Börsen nach über vier Monaten mit steigenden Kursen stark verbessert. Für die Nachhaltigkeit dieser Bewegung ist aber eine spürbare Verbesserung des konjunkturellen Umfeldes notwendig. Allgemein wird zwar von einer Verbesserung der Wirtschaftsentwicklung im Verlauf des zweiten Halbjahres ausgegangen, doch geben die einzelnen Konjunkturindikatoren noch eine uneinheitliche Richtung an.



Anleihenhausse unterbrochen

Nachdem sich die Aktienmärkte seit Mitte März beträchtlich erholen konnten, fällt auf, dass diese Erholung zunächst nicht zu einem größeren Verkaufsdruck bei Anleihen geführt hat. Obwohl der Gleichlauf von Aktien- und Anleihenkursen in den letzten Jahren eher die Ausnahme dargestellt hat, ist dies über einen längeren Zeitraum betrachtet keine seltene Bewegung. Im Verlauf der Rallye an den Anleihenmärkten fielen die Renditen auf Tiefstände, wie sie seit mehreren Jahrzehnten nicht mehr erreicht wurden. Die zunehmende Hoffnung einiger Marktteilnehmer auf eine Konjunkturerholung im 2. Halbjahr führte dann gegen Ende des zweiten Quartals zu einer scharfen Gegenbewegung an den Rentenmärkten und die Renditen schossen in den USA um 90 Basispunkte in die Höhe. Mitverantwortlich für die Fortführung der Anleihenhausse bis Mitte Juni waren neuerlich aufkommende Deflationsängste,

nachdem einige im Mai veröffentlichte Daten im Monatsvergleich ein rückläufiges Preisniveau gezeigt haben. Ab der zweiten Junihälfte wurde das Deflationsrisiko jedoch wieder geringer und zusammen mit der Erwartung einer Verbesserung der Wirtschaftslage, welche die Aktienmärkte im gesamten zweiten Quartal unterstützt hatte, führte diese Entwicklung zu kräftigen Renditeanstiegen in den USA und in Europa. An den Märkten wurde zwar schon seit geraumer Zeit von einigen Marktteilnehmern das Potenzial des Anleihenmarktes als ausgereizt bezeichnet, doch wurden diese bis zuletzt immer eines Besseren belehrt. Bei Renditeständen von nur noch knapp über 3 % erhöhte sich aber die Wahrscheinlichkeit eines Drehens der Anleihenkurse. Durch den kaum vorhandenen Inflationsdruck sollte das Zinsniveau in absehbarer Zukunft weiterhin

niedrig bleiben. Ein Unterschreiten der Renditetiefs von Juni setzt aber weitere Enttäuschungen der Konjunkturentwicklung voraus.

Asset Allocation

Im Zuge der Aufwärtsentwicklung an den Aktienmärkten konnte der S&P 500 den langfristigen Abwärtstrend brechen und befindet sich gegenwärtig in einem neuen Aufwärtstrend. Weiters besitzen Aktien, aufgrund der zuletzt ins

Obwohl der Gleichlauf von Aktien- und Anleihenkursen eher eine Ausnahme darstellt, ist dies über einen längeren Zeitraum nicht außergewöhnlich.

Stocken geratenen Anleihenhausse, relative Attraktivität gegenüber den Anleihenmärkten. Aus diesem Grund wurde die Anleihenquote um 5 % auf 52 % gesenkt und Aktien mit 45 % (+5 %) übergewichtet. Der Cash-Anteil beträgt weiterhin 3 %. Die zunehmende Wahrscheinlichkeit einer leichten Verbesserung des konjunkturellen Umfeldes, vor allem in den USA, sollte unsere Entscheidung unterstützen.

Renten

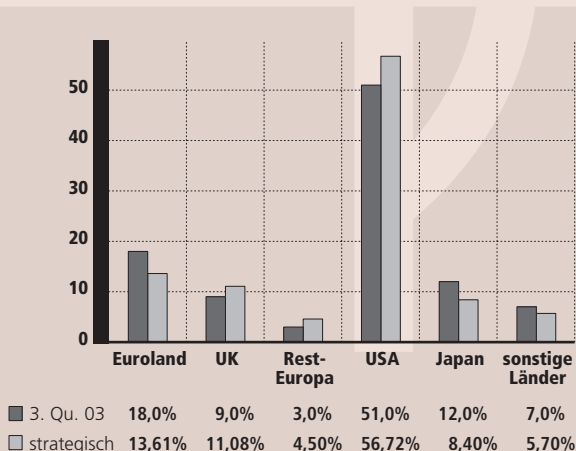
Die Anleihenallokation bleibt gegenüber dem letzten Beschluss unverändert. Wir erwarten weiterhin ein hohes Wechselkursniveau des Euro gegenüber dem US-Dollar und sind mit einem Anteil von 92 % in Euroland übergewichtet. UK bleibt mit 3 % und Rest-Europa (inkl. CEE) mit 5 % gewichtet. USA, Japan und sonstige Länder bleiben bei 0 %. Rest-Europa bedeutet derzeit Anleihen in den Währungen Dänenkrone, Schwedenkrone, Norwegerkrone und Schweizer Franken sowie Währungen aus dem CEE-Raum (via Fonds).

Aktien

Auch aktienseitig wurde die Länderallokation nicht verändert. Der USA-Anteil beträgt 51 % und ist damit gegenüber der Benchmark untergewichtet. Euroland und Japan sind mit 18 % bzw. 12 % übergewichtet. Der UK-Anteil bleibt bei 9 %, Rest-Europa bei 3 % und sonstige Länder bei 7 %.

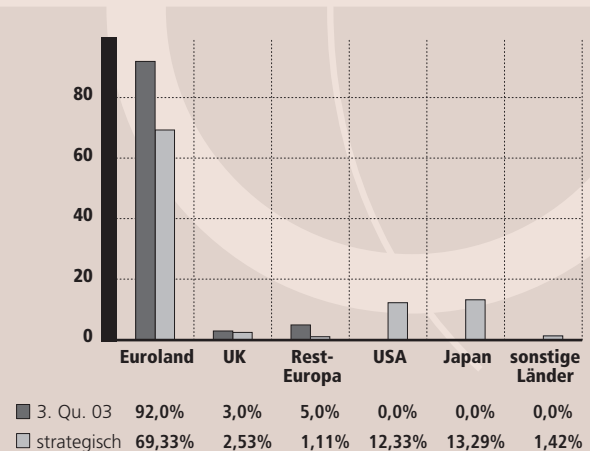
Aktienallokation Q3 2003 (EUR)

(in %)



Anleihenallokation Q3 2003 (EUR)

(in %)



Quelle: AMG, Asset Management GmbH

Quelle: AMG, Asset Management GmbH

Bankenmarkt Polen

Auf dem Prüfstand

Der polnische Bankenmarkt wird seit dem Fall des Eisernen Vorhanges im Jahre 1989 von einem nachhaltigen Strukturwandel geprägt.

Die Strukturreformen können zwar als abgeschlossen betrachtet werden, doch steht der Bankenmarkt nun voll im Zeichen der nachträglichen Konsolidierung und Rationalisierung. Die angespannte weltwirtschaftliche Lage hat dabei die Notwendigkeit der konsequenten Fortführung von Konsolidierungsmaßnahmen deutlich unterstrichen.

Struktur des Bankenmarktes

Die seit der politischen Wende 1989 anhaltende Restrukturierung und Konsolidierung des polnischen Bankensystems äußerte sich in

erster Linie in einem stetigen Rückgang der Anzahl der Kreditinstitute. Hauptsächlich als Folge von Fusionen und der Vereinigung von lokalen Banken schrumpfte ihre Zahl in den vergangenen fünf Jahren von 83 Ende 1998 auf 62 im Jahre 2002. Über die 62 operativ tätigen Geschäftsbanken hinaus agierten im Rahmen des Genossenschaftsbankensystems mit der Bank Gospodarki Zyrnosciowej (BGZ) an der Spitze 605 kleinere Genossenschaftsbanken (2001: 642) am polnischen Bankenmarkt. Trotz der hohen Anzahl der Institute nehmen jedoch die Genossenschaftsbanken mit einem Marktanteil von insgesamt 5 % eine lediglich untergeordnete Rolle im Bankensektor ein.

Hand in Hand mit der Verringerung der Anzahl der

Kreditinstitute ging in den letzten Jahren auch der Personalabbau im Bankgeschäft. Zu Jahresende 2002 fanden insgesamt 131.900 Personen eine Beschäftigung im Bankensektor (ohne Genossenschaftsbanken), gut 18.000 weniger als noch im Boomjahr 1999. Maßgeblich für diese Entwicklung waren nicht nur durch das ungünstige Wirtschaftsklima hervorgerufene Kostensenkungsmaßnahmen, sondern auch die Implementierung moderner IT-Systeme sowie die zunehmende Verbreitung des Electronic Banking.

Die Anzahl der Bankfilialen hat sich zwar von 1.661 im Jahre 1996 auf 3.097 Ende 2002 nahezu verdoppelt, doch bleibt der polnische Bankenmarkt gemessen an der Filialanzahl (ohne übrige Geschäftsstellen) ein-

deutig underbanked. Während in der Europäischen Union eine Filiale durchschnittlich 1.725 Einwohner betreut, entfallen in Polen knapp 12.400 Einwohner auf eine Zweigstelle. Auch unter Berücksichtigung aller übrigen Geschäftsstellen beläuft sich diese Zahl noch auf 3.850.

Größtes polnisches Kreditinstitut ist gemessen an der Bilanzsumme die ehemalige staatliche Sparkasse, PKO Bank Polski SA (100 % staatlich), mit einem Marktanteil von 17,6 %, gefolgt von der sich zu 54 % im Besitz der italienischen UniCredito befindende Bank PeKaO SA (16,4 %) und der im vergangenen Jahr nach der Fusion der Bank Przemyslowo Handlowy (BPH) und der Powszechny Bank Kredytowy (PBK) zur drittgrößten Bank Polens avancierte BPH-PBK

(Tabelle 1)

Die zehn größten polnischen Kreditinstitute

(31. 12. 2001, Mio. EUR)

Bank	Kapitaleigner	Bilanzsumme	Eigenkapital
1 PKO Bank Polski	Polnischer Staat (100 %)	22.350	777
2 PeKaO SA	UniCredito Italiano (54 %)	20.885	1.505
3 BPH-PBK	BA-CA (HVB Group) (71 %)	12.226	1.394
4 Bank Handlowy	Citibank (92 %)	9.341	1.570
5 ING Bank Slaski	ING Bank (88 %)	7.396	729
6 Bank Zachodni WBK	Allied Irish Bank (70 %)	7.075	744
7 BRE Bank	Commerzbank (50 %)	6.474	589
8 Kredyt Bank	KBC (58 %)	6.262	655
9 BIG Bank Gdanski	Banco Comercial Portugues (50 %)	5.497	402
10 Bank Gospodarki Zyrnosciowej (BGZ)	Polnischer Staat (100 %)	5.056	233

Quelle: The Banker; Umrechnungskurs zum 31.12.2001 (1 USD = 1,12321 EUR)

(9,6 %), einer Tochtergesellschaft der österreichischen Bank Austria Creditanstalt (HVB Group). Der Konzentrationsgrad ist im Bankensektor relativ hoch und nahm in den letzten Jahren infolge der gegenwärtigen (internationalen) Fusionswelle stetig zu. Die fünf größten Kreditinstitute hielten Ende 2002 gemessen an der Bilanzsumme einen Marktanteil von knapp 55 %. Im Einlagengeschäft belief sich der Konzentrationsgrad auf 60 %, im Kreditgeschäft hingegen auf 49 %.

Die Bedeutung ausländischer Kreditinstitute am polnischen Bankenmarkt nahm seit Mitte der neunziger Jahre rapide zu. Ihr Marktzutritt erfolgt in erster Linie auf dem Wege des Erwerbs staatlicher Kreditinstitute im Zuge ihrer Privatisierung, angesichts der Größe des polnischen Marktes sowie der niedrigen Marktdurchdringung von Bankdienstleistungen ist aber auch die Gründung von Tochtergesellschaften nach polnischem Recht eine attraktive Markteintrittsstrategie. Der polnische Bankensektor wird mittlerweile

von ausländischen Kreditinstituten dominiert, ihr Marktanteil stieg gemessen an der Bilanzsumme von 13,7 % im Jahre 1996 auf 67,2 % Ende 2002, gemessen am Kapital von 28,1 % auf 60,5 %. Spitzenreiter unter den ausländischen Investoren ist mit 26,4 % des ausländischen Kapitals Deutschland. 20,6 % der ausländischen Investitionen im Bankensektor stammen aus den USA, 10,9 % aus den Niederlanden, 7,6 % aus Irland und 6,8 % aus Belgien.

Von den insgesamt acht Kreditinstituten, im Mehrheitsbesitz des Staates oder von Rechtspersonen im Besitz des Staates deren Marktanteil sich Ende 2002 gemessen an der Bilanzsumme auf 25,3 % belief, befinden sich drei im direkten Besitz des Treasury, von denen zwei, die PKO Bank Polski sowie die ehemalige Agrarbank BGZ, unter den zehn größten polnischen Banken rangieren. Die für 2004 vorgesehene Privatisierung dieser zwei Institute wird den Marktanteil ausländischer Banken mit großer Wahrscheinlichkeit weiter erhöhen.

Effizienz und Profitabilität des Bankensektors

Polen legte in den neunziger Jahren eine beeindruckende wirtschaftliche Entwicklung an den Tag, was auch die dynamische Entwicklung und die Expansion des Bankensektors begünstigte. Trotz dieser markanten Entwicklung lag Polen mit einem Monetarisierungsgrad von 60,7 % des BIP im Jahre 2002 lediglich im mittel- und osteuropäischen Mittelfeld (Tschechien 113 %, Slowakei 95 %, Slowenien 87 %) und blieb damit auch deutlich hinter dem EU-Durchschnitt von 200 %, was das Zukunftspotenzial des polnischen Bankenmarktes erkennen lässt.

Die Effizienz und Profitabilität der Kreditinstitute stieg im Laufe der neunziger Jahre infolge von staatlichen Restrukturierungsmaßnahmen, der Überführung staatlichen Eigentums in private Hände und des günstigen Wirtschaftsklimas rapide. In den guten Wirtschaftsjahren schufen die Banken auch einen adäquaten Kapitalpolster, der die Stabilität des Bankensektors maßgeblich

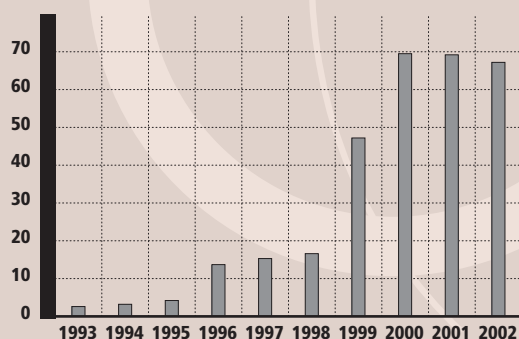
erhöhte. So kletterte der Solabilitätskoeffizient für den gesamten Bankensektor von 9,4 % im Jahre 1993 auf 14,5 % 2002.

Doch inmitten der weltweiten Konjunkturlaute verlor die polnische Wirtschaft gleich zu Beginn des neuen Jahrtausends an Fahrt und die einbrechende Rezession bekamen auch die Banken zu spüren. Das ungünstige Wirtschaftsklima, von dem Banken sowohl direkt durch die gedämpfte Nachfrage nach Bankdienstleistungen als auch indirekt durch die beeinträchtigte Schuldentilgungsfähigkeit ihrer Kreditnehmer betroffen sind, hatte nicht nur die Verschlechterung der Effizienz- und Profitabilitätsindikatoren in den vergangenen zwei Jahren zur Folge, sondern führte zum ersten Mal seit 1993 auch zu einem Rückgang des Monetarisierungsgrades (Aktiva des Bankensektors im Verhältnis zum BIP) im Jahre 2002.

Aufgrund der konjunkturbedingten Abschwächung der Kreditnachfrage entwickelte sich das Kreditgeschäft 2002 verhalten. In diesem Zusammenhang war

Marktanteil ausländischer Kreditinstitute

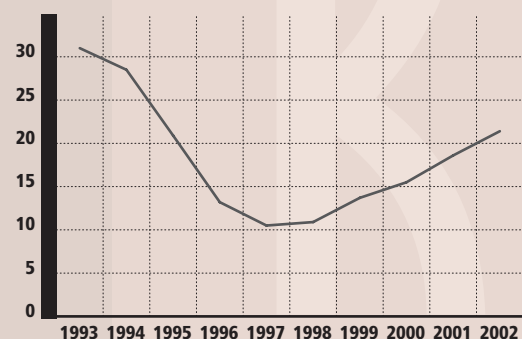
(in % der Bilanzsumme)



Quelle: NBP

Notleidende Kredite

(in % des Kreditportfolios)



Quelle: NBP

aufgrund der vorsichtigen Kreditvergabe durch die Banken, die sich in erster Linie im vermehrten Kauf von risikoreichen Staatspapieren äußerte, und der vergleichsweise hohen Zinsen auf Zloty-Kredite im Vergleich zum Vorjahr eine Stagnation bei Krediten in heimischer Währung zu beobachten. Im Gegensatz dazu expandierten die Fremdwährungskredite bedingt durch das sinkende internationale Zinsniveau gegenüber dem Vorjahr um 14,4 %, wobei diese Entwicklung auch im Lichte der deutlichen Abwertung des Zloty gegenüber dem sich derzeit auf Höhenflug befindenden Euro zu sehen ist.

Entgegen der Erfahrungen der Vorjahre offenbarten sich 2002 auch Schwierigkeiten bei der Fähigkeit der Banken, die Ersparnisse der Bevölkerung zu mobilisieren. Ursächlich dafür waren ein schwaches Einkommenswachstum und die rückläufige Entwicklung der Einlagenzinsen. Gleichzeitig traten aber auch Investmentfonds durch attraktivere Konditionen in direkten Wettbewerb mit den Banken. Aber auch die Einführung einer Zinsertragssteuer von 20 % im Jahre 2002 beeinträchtigte das Einlagengeschäft.

Der ohnehin schon relativ hohe Anteil der notleidenden Kredite am gesamten Kreditportfolio ist vom historischen Tief von 10,5 % im Jahre 1997 auf 21,4 % Ende 2002 geklettert und erreichte somit annähernd das Niveau von 1995. Damit ist Polen absoluter Spitzenreiter unter den Reformstaaten Zentral- und Osteuropas. Diese Tatsache ist vor allem auf den raschen Zuwachs uneinbringlicher Forderungen von 5,6 % im Jahr 2000 auf 11,1 % 2002 während der Jahre schwa-

chen BIP-Wachstums 2001 und 2002 zurückzuführen, was nicht nur die massive Bildung von Rückstellungen und Wertberichtigungen notwendig machte, sondern auch Fragen über die Effizienz der Kreditwürdigkeitsprüfung während der Boomjahre aufwirft.

Die beeinträchtigte finanzielle Situation der Kreditinstitute äußerte sich weiters in der sinkenden Profitabilität des Bankgeschäfts. Die Kennzahlen ROA und ROE wiesen nach stufenweiser Erholung seit Mitte der Neunziger in den Jahren 2001 und 2002 eine abflauende Tendenz auf. So sank der ROE von 14,5 % 2000 auf 6,2 % im Jahre 2002, der ROA ging von 1,1 % auf 0,5 % zurück.

Dieser konjunkturbedingte Einbruch stellt jedoch vor dem Hintergrund der starken Eigenkapitalbasis der Kreditinstitute die Stabilität des Bankensektors nicht in Frage. Zudem reagierten die Banken rasch mit Rationalisierungs- und Kostenreduzierungsmaßnahmen (z. B. Personalabbau, Reduktion der Anzahl von Geschäftsstellen) auf die veränderten Rahmenbedingungen. Die anhaltende Konsolidierung des Bankensektors sowie die Neuordnung der Marktverhältnisse wird sowohl eine Anpassung an das gegenwärtige Wirtschaftsumfeld ermöglichen als auch die Stabilisierung der finanziellen Situation der Kreditinstitute herbeiführen.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Tätigkeiten von Kreditinstituten

werden im Bankgesetz aus dem Jahre 1997 festgehalten. Die Anpassung des gesetzlichen Rahmens an EU-Standards machte in den Folgejahren aber mehrmals die Novellierung des Bankgesetzes notwendig. Die wichtigsten Modifikationen wurden im August 2001 im Zuge der

Angleichung an die Richtlinie 2000/12/EC des Europäischen Parlamentes und Rates über die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Kreditinstitute vorgenommen.

So haben Kapitaleigner bei der Gründung eines Kreditinstitutes unabhängig von der Rechtsform ein Mindestkapital in der Höhe von 5 Mio. Euro bereitzustellen. Bei der Gründung von Kreditgenossenschaften sind die Kapitalerfordernisse, die sich im Jahre 2002 auf 300.000 Euro beliefen, deutlich niedriger. Die Stärkung der Eigenkapitalbasis von Kreditgenossenschaften ist aber durch die schrittweise Anhebung des Mindestkapitals auf eine Million Euro bis zum Jahr 2010 vorgesehen. Neben der Erfüllung der Mindestkapitalbestimmungen müssen Banken auch gemäß den Empfehlungen des Basler Ausschusses auf die Einhaltung eines Solvabilitätskoeffizienten von 8 % der risikogewichteten Aktiva achten, wobei neugegründete Banken im ersten Jahr nach ihrer Gründung einen Eigenkapitalkoeffizienten von 15 % und im darauf folgenden Jahr mindestens 12 % aufweisen müssen.

Die Diversifizierungsvorschriften, mit deren Hilfe die Entstehung von Klumpenrisiken vermieden werden soll, richten sich bereits

im vollen Umfang nach EU-Standards. So sind Großkredite mit 25 % des Eigenkapitals einer Bank begrenzt, wobei die Summe aller Großkredite 800 % des Kapitals nicht übersteigen darf. Bei Organkrediten ist eine Obergrenze von 10 % des Eigenkapitals einer Bank vorgeschrieben, die offenen Währungspositionen dürfen sich auf maximal 40 % des Eigenkapitals belaufen. Zur Sicherstellung der strukturellen Liquidität werden zudem Investitionen in schwer liquidierbare Aktiva begrenzt. Aus diesem Grund sind Beteiligungen an Nichtbanken mit 15 % des Eigenkapitals an einer Nichtbank bzw. 60 % des Eigenkapitals als Summe aller Beteiligungen an Nichtbanken limitiert. Die geltenden Kreditklassifizierungsvorschriften richten sich nach der Dauer der Überfälligkeit der Forderung und sehen eine Wertberichtigung von 20 % für substandard, 50 % für zweifelhaft und 100 % für uneinbringliche Forderungen vor.

Ein Einlagensicherungssystem zum Schutz der Einleger im Insolvenzfall ihres Kreditinstitutes existiert in Polen seit 1995 und operiert im Sinne einer Pflichtversicherung. Die Finanzierung des Einlagensicherungssystems erfolgt aus den jährlichen risikoabhängigen Beiträgen der Kreditinstitute von maximal 0,4 % der risikogewichteten Aktiva. Das Einlagensicherungssystem funktioniert gemäß einer partiellen Einlagensicherung nach folgendem Schema: Eine 100-prozentige Sicherung gilt für Einlagen bis zu einem Gegenwert von 1.000 Euro. Über diese Summe hinaus sind Bankeinlagen zu 90 %

Rechtliche Rahmenbedingungen für die Tätigkeiten von Kreditinstituten wurden an die EU-Standards angepasst.

gesichert. Der Deckungsgrad wurde seit 1993 in mehreren Schritten von ECU 3.000 im Jahre 1997 auf EUR 18.000 2002 erhöht. Mit dem 01.01.2003 wurde die Deckungsgrenze auf 22.500 Euro angehoben, womit die vollständige Anpassung an die EU-Vorschriften, die einen Mindestdeckungsgrad von 20.000 Euro vorsehen, vollzogen wurde.

Die Aufsichtsfunktion über die Kreditinstitute wurde bis 1997 direkt von der Nationalbank wahrgenommen, obliegt seitdem aber der Kommission für Bankenaufsicht. Ihr ausführendes Organ ist die Generalinspektion für das Bankwesen, die eine eigenständige Organisationseinheit innerhalb der Strukturen der Nationalbank darstellt und insbesondere für die Lizenzierung von Kreditinstituten, die Überwachung der finanziellen Stabilität von Banken sowie die Gestaltung von Regulierungsnormen zuständig ist.

Ausblick

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass mit den Anfang der neunziger Jahre initiierten Strukturreformen, der voranschreitenden Konsolidierung, der zunehmenden Präsenz ausländischer Investoren sowie der Anpassung des rechtlichen Umfelds an EU-Standards eine solide Basis für eine dynamische Weiterentwicklung des Bankensektors geschaffen wurde, wenngleich die internationale Konjunkturflaute den weiteren Konsolidierungs- und Rationalisierungsbedarf hervorhob und seitens der Kreditinstitute eine Anpassung an die veränderten Rahmenbedingungen erforderlich macht.

Der polnische Bankenmarkt bietet auch heute, 14 Jahre nach der Wende, angesichts der Tatsache, dass nur 65 % der Polen über 18 Jahren über ein Bankkonto verfügen und lediglich 53 % aller Kontoinhaber eine Bankkarte verwenden, immer noch ein enormes Wachstumspotenzial.

Von einer Marktsättigung im Bereich von Bankdienstleistungen kann man aber auch in Anbetracht des niedrigen Monetarisierungsgrades der Wirtschaft noch nicht sprechen.

Um die Effizienz der Finanzintermediation zu erhöhen, wird die weitere Reduktion des Staatsanteils im Bankensektor notwendig sein. Die rasche Privatisierung der PKO Bank Polski und der BGZ wäre in dieser Hinsicht von großer Bedeutung.

Der Anteil notleidender Forderungen am Kreditportfolio bleibt weiterhin sehr hoch, doch mit der Erholung der Wirtschaft, der inzwischen vorangeschrittenen Strukturbereinigung, der vorsichtigeren Kreditvergabe und dem bereits erfolgten Bilden von Reserven und Wertberichtigungen wird der Bedarf für weitere Rückstellungen nun abnehmen.

Die größte Herausforderung der nächsten Jahre wird für den Bankensektor der bevorstehende EU-Bei-

tritt am 1. Mai 2004 sein. Das Interesse ausländischer Investoren am polnischen Bankenmarkt dürfte sich nun nach dem positiven Ausgang des EU-Referendums am 7. – 8. Juni 2003 weiter erhöhen, was aber gleichzeitig einen intensiveren Wettbewerb und damit auch weiteren Anpassungsdruck und Rationalisierungsbedarf mit sich bringen wird.

Die das Bankwesen betreffenden Rechtsvorschriften sind weitgehend an den *acquis communautaire* der EU angepasst worden. Mit dem Näherrücken des EU-Beitritts wird aber der Druck auf die Bankenaufsicht wachsen, vor allem auf die operationelle Unabhängigkeit der Kommission für Bankenaufsicht muss mehr Augenmerk gelegt werden. Vor dem Hintergrund der Implementierung von Basel II stellen die grenzüberschreitende Überwachung der Aktivitäten von Kreditinstituten sowie die Aufsicht über die Tätigkeit von Finanzkonglomeraten die größten Herausforderungen dar. ■

(Tabelle 2)

Der polnische Bankenmarkt im Überblick (1996 – 2002)

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Anzahl der Banken	81	83	83	77	74	71	62
Anzahl der Bankfilialen	1.661	1.715	1.951	2.312	2.522	2.948	3.097
Anzahl der Bankmitarbeiter	144.201	147.095	149.067	149.638	144.237	138.822	131.874
Return on Assets (ROA)	n.v.	2,1	0,7	0,9	1,1	1,0	0,5
Return on Equity (ROE)	n.v.	37,0	9,2	12,9	14,5	12,8	6,2
Solvabilitätskoeffizient (%)	12,3	12,5	11,7	13,2	12,9	15,1	14,5
Notleidende Kredite (% des Kreditportfolios)	13,2	10,5	10,9	13,7	15,5	18,6	21,4
Einlagen des Privatsektors (% des BIP)	28,8	30,6	33,9	35,9	37,1	39,8	36,2
Kredite an den Privatsektor (% des BIP)	19,3	21,6	23,3	26,2	27,3	27,4	26,2
Monetarisierungsgrad (Bankaktiva/BIP, %)	51,1	52,8	58,0	59,4	62,6	65,1	60,7
Konzentrationsgrad (C5 – Kredite, %)	43,8	41,4	35,7	46,1	46,1	52,1	48,6
Konzentrationsgrad (C5 – Einlagen, %)	52,3	51,9	51,0	55,4	54,7	59,8	60,2
Konzentrationsgrad (C5 – Bilanzsumme, %)	48,8	46,2	42,9	47,7	46,5	54,7	53,6
Marktanteil staatlicher Banken (Bilanzsumme, %)	66,5	49,3	45,9	23,9	22,9	23,1	25,3
Marktanteil ausländischer Banken (Kapital, %)	28,1	39,6	47,3	53,1	53,8	58,5	60,5
Marktanteil ausländischer Banken (Bilanzsumme, %)	13,7	15,3	16,6	47,2	69,5	69,2	67,2

Quelle: NBP, IMF, BA-CA eigene Berechnungen

Österreich

BIP/Entstehung					BIP/Verwendung				
real	1999	2000	2001	2002	real	2001	2002	2003	2004
								Prognose BA-CA	
BIP	2,7	3,5	0,7	1,0	BIP	0,7	1,0	0,8	2,1
Land- und Forstwirtschaft	3,3	-1,6	-0,7	-0,5	Privater Konsum	1,5	0,9	1,3	1,7
Sachgütererzeugung u. Bergbau	3,0	6,5	1,3	0,5	Öffentlicher Konsum	-0,5	-0,9	0,2	0,3
Energie- u. Wasserversorgung	3,9	-1,6	1,7	10,0	Bruttoinvestitionen	-4,0	-5,6	3,1	4,3
Bauwesen	1,3	1,2	-4,8	0,5	Ausrüstungen	-2,9	-9,4	1,9	5,0
Handel	3,0	3,6	-0,3	1,2	Bauten	-1,5	-0,5	1,2	1,6
Beherbergungs- u. Gaststättenwesen	3,2	5,0	5,9	2,2	Exporte i.w.S.	7,4	2,7	1,5	5,8
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	2,2	2,4	-0,9	0,5	Waren	7,4	4,3	1,5	5,8
Kredit- u. Versicherungswesen	-1,8	10,2	-0,5	-5,5	Reiseverkehr	5,4	2,6	1,1	3,6
Realitätenwesen	3,9	6,0	4,3	1,5	Importe i.w.S.	5,9	-1,3	2,5	6,0
Öffentliche Dienste	1,9	0,8	-0,2	-0,5	Waren	4,9	-1,7	2,5	6,0
Sonstige Dienstleistungen	-0,8	2,7	0,2	0,8	Reiseverkehr	5,1	-5,6	0,5	2,0

Konjunkturindikatoren

	Sachgüter- erzeugung Vdg. z. Vj. in %	Bau- produktion ¹ Vdg. z. Vj. in %	Einzelhandels- umsatz nom. Vdg. z. Vj. in %	Über- nachtungen Vdg. z. Vj. in %	Unselbst. Beschäftigte in 1.000	Arbeitslosen- quote nat. Def., in %	VPI Vdg. in %
1998	9,0	2,2	2,6	1,5	3.076,6	0,7	7,2
1999	6,0	1,3	3,0 *	6,7	3.107,9	1,0	0,6
2000	9,9	3,6	2,7	5,8	3.133,8	0,8	2,3
2001	0,5	-2,9	0,4	6,1	3.148,2	0,5	2,7
2002	0,3	1,4	0,6	6,9	3.055,5	-2,9	1,8
Sep. 02	2,7	2,8	0,4	2,3	3.196,5	0,3	1,6
Okt. 02	-0,8	-1,2	3,6	2,2	3.175,9	0,4	1,7
Nov. 02	3,3	-4,6	0,7	1,4	3.155,0	0,6	1,7
Dez. 02	2,3	5,1	0,9	3,2	3.116,0	0,5	1,8
Jän. 03				0,7	3.104,9	1,3	1,7
Feb. 03				-4,5	3.115,3	1,0	1,7
März 03				-4,8	3.148,5	0,9	1,8
April 03				27,5	3.166,5	1,2	1,3
Mai 03					3.188,1	1,0	1,1
Juni 03					3.209,3	0,9	1,1

1) Wert der technischen Gesamtproduktion von Hoch- und Tiefbau / 2) Neue statistische Basis

Zinsen und Währungen

	18.7. 2003	3M-Geld in 3 Monaten	in 12 Monaten	18.7. 2003	10J-Benchmark in 3 Monaten	in 12 Monaten	18.7. 2003	Wechselkurs ... /Euro in 3 Monaten	in 12 Monaten
Österreich				4,1	4,3	4,4			
Euroland	2,1	1,8	1,6	4,0	4,2	4,3			
USA	1,1	1,1	1,2	4,0	4,0	4,6	1,12	1,12	1,25
Japan	0,05	0,10	0,10	1,0	1,1	1,2	133	133	144
UK	3,4	3,5	3,3	4,4	4,5	4,5	0,70	0,68	0,72
Schweiz	0,3	0,4	0,6	2,4	2,7	2,9	1,54	1,54	1,56

Quelle: Statistik Austria; Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

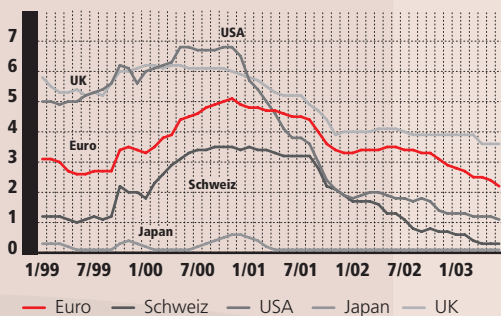
International

	BIP						VPI*					
	(real, Vdg. in %)						(in %)					
	1999	2000	2001	2002	2003	2004	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Österreich	2,7	3,5	0,7	1,0	0,8	2,1	0,5	2,0	2,3	1,7	1,2	1,1
Deutschland	2,0	2,9	0,6	0,2	0,2	0,8	0,6	2,1	2,4	1,3	1,0	1,5
Frankreich	2,7	3,5	1,8	1,2	0,7	1,2	0,6	1,8	1,8	1,9	1,7	1,1
Italien	1,4	2,9	1,8	0,4	0,7	1,0	1,7	2,6	2,4	2,6	2,4	1,8
Euroland	2,8	3,5	1,5	0,8	0,6	1,2	1,1	2,3	2,5	2,3	1,8	1,4
USA	4,1	3,8	0,3	2,4	2,1	3,2	2,2	3,4	2,9	1,6	2,2	2,8
Japan	0,0	2,1	-0,2	0,2	1,0	0,8	-0,3	-0,6	-0,7	-0,9	-0,8	-0,5
UK	2,3	2,9	1,9	1,8	1,8	2,4	2,3	2,1	2,1	2,2	2,9	2,5
Schweiz	1,5	3,0	0,9	0,1	0,7	1,5	0,8	1,5	1,0	0,6	1,0	0,7

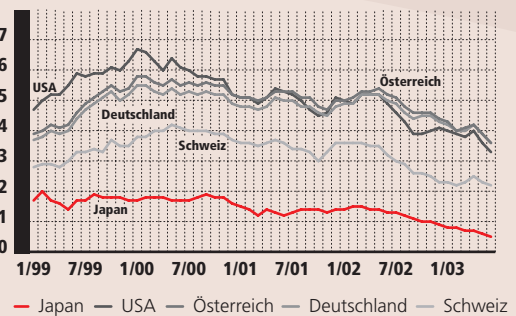
*) für Länder der Eurozone HVPI

	Budgetsaldo						Leistungsbilanz					
	(in % des BIP)						(in % des BIP)					
	1999	2000	2001	2002	2003	2004	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Österreich	-2,3	-1,5	0,3	-0,6	-1,7	-1,1	-	-	-	-	-	-
Deutschland	-1,4	-1,3	-2,8	-3,6	-3,6	-3,5	-	-	-	-	-	-
Frankreich	-1,6	-1,3	-1,4	-3,1	-4,0	-3,4	-	-	-	-	-	-
Italien	-1,8	-1,5	-2,2	-2,3	-2,4	-2,5	-	-	-	-	-	-
Euroland	-1,2	-0,7	-1,4	-2,2	-2,8	-2,6	0,4	-0,9	-0,1	0,9	0,8	0,9
USA	1,3	2,4	0,9	-2,2	-4,2	4,2	-3,5	-4,5	-4,3	-4,5	-4,4	-4,9
Japan	-7,0	-7,4	-7,1	-8,0	-7,8	7,9	2,4	2,5	2,1	2,8	2,6	2,6
UK	1,2	1,8	0,8	-1,4	-2,4	-2,3	-1,2	-2,0	-2,1	-0,8	-1,2	-1,6
Schweiz	-0,7	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	0,1	11,2	13,1	12,5	11,9	10,2	11,1

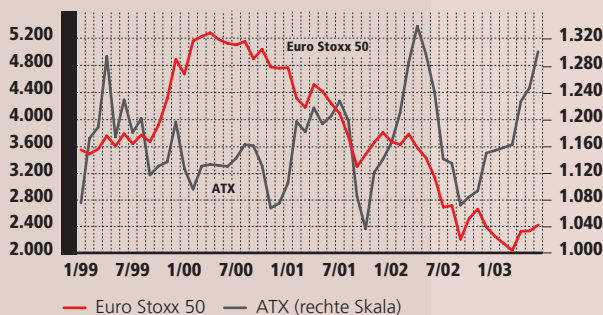
3-Monatsgeld



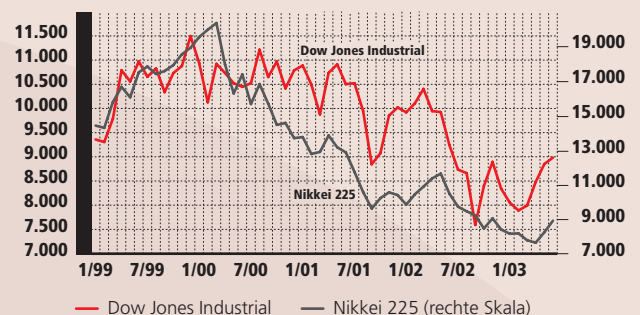
Sekundärmarktrendite



ATX/Euro Stoxx



Dow Jones/Nikkei 225



Quelle: Nationale Statistiken, OECD, Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

Osteuropa

	BIP						Industrieproduktion					
	<i>(real, Vdg. in %)</i>						<i>(real, Vdg. in %)</i>					
	2000	2001	2002	2003	2004	1989 = 100 2002	2000	2001	2002	2003	2004	1989 = 100 2002
Bulgarien	5,8	4,0	4,8	4,0	4,5	82	2,3	0,7	2,6	5,0	6,0	43
Kroatien	2,9	3,8	5,2	4,0	3,5	89	1,7	6,0	5,4	5,0	4,5	60
Polen	4,0	1,0	1,4	2,5	3,1	145	7,1	- 0,1	1,4	7,0	6,8	131
Rumänien	1,8	5,3	4,9	4,6	4,9	88	8,7	8,2	6,0	5,5	6,0	51
Russland	9,0	5,0	4,3	5,6	4,8	69	11,9	4,9	3,7	7,2	6,5	46
Slowakei	2,2	3,3	4,4	3,7	4,2	107	8,7	6,9	6,6	5,5	6,0	95
Slowenien	4,6	2,9	3,2	2,6	3,5	123	6,2	2,9	2,4	0,8	3,0	83
Tschechien	3,3	3,1	2,0	2,6	3,0	102	5,1	6,8	4,8	5,5	5,0	87
Ukraine	5,8	9,2	4,8	7,0	5,0	47	12,9	14,2	7,0	10,0	8,0	65
Ungarn	5,2	3,8	3,3	3,0	3,5	112	18,3	4,0	2,6	4,5	7,0	142

	Privater Konsum						Bruttoanlageinvestitionen					
	<i>(real, Vdg. in %)</i>						<i>(real, Vdg. in %)</i>					
	1999	2000	2001	2002	2003	2004	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Bulgarien	5,2	3,0	4,5	3,5	4,0	4,2	25,3	8,2	19,9	9,3	9,0	10,0
Kroatien	- 2,9	4,2	4,6	6,0	4,0	3,1	- 5,9	- 3,5	9,7	10,1	10,5	6,0
Polen	5,2	2,7	2,0	3,3	2,2	3,3	6,9	3,1	- 9,8	- 6,8	1,9	7,5
Rumänien	- 1,1	0,1	6,4	3,5	4,2	4,2	- 10,8	5,5	6,6	8,3	7,5	8,0
Russland	- 4,4	9,3	9,7	8,5	6,0	5,4	4,7	13,2	11,6	3,0	4,2	10,5
Slowakei	2,9	- 1,8	4,0	5,3	2,5	3,0	- 18,5	1,2	9,6	- 0,9	4,7	5,7
Slowenien	6,1	0,8	1,7	2,0	2,6	4,0	19,1	0,2	- 1,9	3,1	4,5	5,0
Tschechien	1,7	2,5	3,9	3,0	3,5	4,2	- 1,0	5,3	5,5	0,6	0,0	2,5
Ukraine	- 3,3	4,0	7,5	4,5	6,0	4,5	2,9	6,5	13,2	6,0	15,0	10,0
Ungarn	5,4	4,4	5,1	7,7	4,8	3,0	5,9	6,6	3,1	5,8	3,0	6,5

	VPI						Arbeitslosenquote					
	<i>(in %)</i>						<i>(in %)</i>					
	1999	2000	2001	2002	2003	2004	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Bulgarien	2,6	10,3	7,4	5,8	4,3	3,8	13,8	18,1	17,5	17,4	16,5	15,5
Kroatien	4,2	6,2	4,9	2,2	1,8	2,5	19,5	21,5	22,3	22,5	20,0	19,0
Polen	7,3	10,1	5,5	1,9	0,8	2,7	12,0	13,9	16,1	17,8	17,9	17,6
Rumänien	45,8	46,2	34,5	22,5	15,5	12,2	11,3	10,9	9,0	10,2	9,5	9,0
Russland	85,7	20,8	21,5	15,8	13,7	12,7	12,6	10,5	9,0	8,0	9,0	9,4
Slowakei	10,6	12,2	7,1	3,3	8,4	5,0	17,5	18,2	18,3	17,8	15,5	15,2
Slowenien	6,1	8,9	8,4	7,5	5,8	4,6	7,6	7,0	6,5	6,3	6,4	6,2
Tschechien	2,1	3,9	4,7	1,8	0,7	2,9	8,5	9,0	8,5	9,2	9,9	10,0
Ukraine	22,8	28,2	12,3	0,8	8,0	6,0	4,3	4,2	3,9	3,8	4,2	4,5
Ungarn	10,0	9,8	9,2	5,3	4,8	4,3	7,1	6,4	5,7	5,8	6,0	5,8

Quelle: Nationale Statistiken, Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

Osteuropa

Budgetsaldo

(in % des BIP)

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Bulgarien	-0,9	-1,1	-0,9	-0,8	-0,7	-0,6	-5,3	-5,9	-6,2	-4,4	-4,9	-4,1
Kroatien	-8,2	-6,3	-6,5	-5,2	-5,0	-4,0	-7,0	-2,5	-3,7	-7,1	-6,2	-4,6
Polen	-3,2	-2,6	-5,1	-5,7	-5,7	-6,0	-7,5	-6,1	-3,9	-3,6	-3,0	-3,1
Rumänien	-2,6	-3,6	-3,3	-2,7	-2,6	-4,0	-3,8	-3,7	-5,9	-3,5	-3,6	-3,4
Russland	-2,9	3,0	3,9	1,0	0,2	0,0	12,9	17,9	11,3	9,0	9,8	8,1
Slowakei	-3,6	-3,9	-4,8	-7,2	-5,1	-4,1	-5,7	-3,3	-8,6	-8,2	-4,5	-5,1
Slowenien	-0,6	-1,3	-1,3	-3,0	-1,5	-1,5	-3,5	-2,9	0,2	1,7	0,4	0,5
Tschechien	-1,6	-4,3	-5,2	-6,7	-7,5	-6,5	-2,7	-5,3	-4,6	-5,3	-4,9	-4,7
Ukraine	-1,4	0,2	-1,7	0,2	-0,4	-0,4	2,8	4,8	3,7	7,7	7,5	5,5
Ungarn	-3,4	-3,4	-3,3	-9,5	-5,5	-4,5	-5,1	-6,2	-3,4	-4,0	-5,3	-5,5

Leistungsbilanz

(in % des BIP)

FDI-Zufluss

(in Mio. USD)

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Bulgarien	819	1.002	813	479	800	700	88,0	93,4	78,1	70,1	59,2	53,3
Kroatien	1.468	1.089	1.559	981	1.300	1.000	49,6	59,9	57,9	68,2	67,1	64,9
Polen	6.474	8.293	6.995	4.119	5.996	6.470	42,4	42,4	39,2	44,1	44,5	44,4
Rumänien	1.029	1.002	1.046	1.106	1.200	1.600	28,9	29,8	31,6	33,2	30,8	28,2
Russland	3.309	2.714	2.469	2.956	8.000	6.000	83,3	54,0	42,4	42,3	36,7	30,8
Slowakei	711	1.920	1.500	3.850	1.700	3.050	52,1	54,9	55,1	55,7	47,5	43,3
Slowenien	68	133	371	1.748	770	825	27,4	32,8	34,5	40,4	37,3	32,1
Tschechien	6.220	4.942	4.827	8.268	4.470	5.520	41,6	42,0	39,5	37,6	33,3	32,0
Ukraine	420	450	769	693	1.000	1.200	61,5	63,5	53,7	45,9	38,5	35,2
Ungarn	2.612	197	727	839	500	1.000	64,2	64,3	64,8	55,2	58,2	58,0

Auslandsverschuldung

(in % des BIP)

Zinsen und Währungen

	3M-Geld			10J-Benchmark			Wechselkurs ... /Euro		
	22.7. 2003	in 3 Monaten	in 12 Monaten	22.7. 2003	in 3 Monaten	in 12 Monaten	28.5. 2003	in 3 Monaten	in 12 Monaten
Polen	5,3	5,0	4,9	5,5	5,4	5,4	4,4	4,4	4,4
Slowakei	6,3	6,0	5,5	4,9	5,2	5,1	42,4	40,7	40,0
Tschechien	2,2	2,3	2,3	4,2	4,4	4,5	32,3	31,2	30,8
Ungarn	9,9	8,0	6,3	7,1	6,2	5,9	265,8	260,0	260,0

Quelle: Nationale Statistiken, Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft